:antifaschistische nachrichten

Nr. 4

g 3336 20.2.2015 31. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Kongress in Würzburg

WÜRZBURG. Die „Kirche in Not“, ein „weltweites Hilfswerk päpstlichen Rechts“, führt vom 12. bis 15. März ihren 5. Internationalen Kongress „Treffpunkt Weltkirche“ im Würzburger Congress Centrum durch. Erwartet werden auf dem Kongress neben einer Reihe katholischer Bischöfe auch der frühere Kölner Kardinal Joachim Meisner und die „Junge Freiheit“-Kolumnistin Gabriele Kuby. Ein klein wenig Aufmerksamkeit erhielt der Kongress schon im Vorfeld. Denn die Zeitschrift „Christ & Welt“ hatte es abgelehnt, eine bezahlte Anzeige von „Kirche in Not“ für den Kongress abzudrucken. Dass dort eine Podiumsdiskussion unter dem Motto „Gegen den Strom von Meinungsdiktatur und Political Correctness“ stattfindet, empfindet die „Christ & Welt“-Chefin als „Diffamierung der Demokratie“ und wendet sich klar gegen ein „Pegida-Vokabular“ in katholischen Kreisen. Die Folge: Eine Flut hasserfüllter Leserbriefe. Dokumentiert hat sie diese nun u.a. auf ihrer Webseite. Mit Anzeigen beworben wird die „Kirche in Not“-Konferenz mittlerweile auch im rechten Wochenblatt „Junge Freiheit“.

hma ■

Katzenjammer nach Parteitag

Der Vorstand der „Patriotischen Plattform“ in der sog. „Alternative für Deutschland“ (AfD) „bedauert“, dass auf dem Bremer AfD-Parteitag ein Satzungsentwurf beschlossen wurde, „der die Macht der Führung gegenüber den Kontrollmöglichkeiten der Basis klar begünstigt“. Nun stehe die Programmdebatte der AfD an, in der „wir darauf hinwirken werden, endlich einen klaren Gegenentwurf zu jenem 68er-Ungeist vorzulegen, der die etablierten Parteien beherrscht“, erklärt die „Patriotische Plattform“. Dies werde „die eigentliche Nagelprobe“ der AfD. Austreten wäre jetzt der falsche Weg. Für diesen Weg entschieden hat sich u.a. „Plattform“-Mitglied Tatjana Festerling aus Hamburg. Nach der Abstimmung über die AfD-Satzung in Bre-

Aus dem Inhalt:

AfD zieht in die HH-Bürgerschaft ein

Etablieren sich die RechtspopulistInnen?



Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) hat es geschafft – der erste Einzug in ein westdeutsches Landesparlament. Trotzdem will in der Partei kein rechter Jubel aufkommen. Denn man ist deutlich unter den eigenen Erwartungen geblieben, noch deutlicher aber unter den Wahlergebnissen in Ostdeutschland oder dem Wahlergebnis der einstigen Schill-Partei von 19,4 Prozent.

Ganz besonders ärgert man sich in der Berliner Parteizentrale, dass das von Forschungsinstituten ermittelte Potential einer Partei rechts der CDU von 20 Prozent nicht einmal annähernd mobilisiert werden konnte. Deshalb griff Petry den Hamburger Landesverband bereits eine Stunde nach der ersten Prognose (!) öffentlich an. Noch am Wahlabend nahmen Henkel und Gauland ihren Streit um Nähe oder Distanz zu Pegida wieder auf.

Dennoch ist es sehr bedauerlich, dass die AfD nun auch in der Hansestadt fünf lange Jahre öffentliche Aufmerksamkeit sowie eine üppige finanzielle und personelle Ausstattung zur Professionalisierung der Parteiarbeit erhält. Und Professionalisierung ist bei dem trotz massiver Finanzspritzen aus der Parteizentrale dilettantisch geführten Wahlkampf unbedingt erforderlich.

Während Frontmann Kruse statt der AfD ein bürgerlich-wohlanständiges Gesicht zu geben, einen Fettnäpfchen-Parcours absolvierte, wurden von mehreren KandidatInnen Verbindungen zu Rechtsextremen und rassistische Äußerungen bekannt. Wahrscheinlich wäre das Wahlergebnis nicht viel schlechter ausgefallen, hätte man einen Kartoffelsack als Spitzenkandidaten hingestellt.

Der Umkehrschluss macht aber die Problemlage nicht nur für Hamburg deutlich: Die AfD hat derzeit ein stabiles WählerInnenpotential von über 5 Prozent.

Erhebliche Zweifel, dass die AfD sich etablieren kann

Und zwar, weil sie keine einheitliche geschlossene Formation mit einer gemeinsamen programmatischen Ausrichtung ist. Sie bündelt verschiedene politische Strömungen, die so unterschiedlich sind, dass ihr Zusammengehen nur temporär sein kann.

Auf der einen Seite stehen die neoliberal-konservativen Kräfte um Lucke und Henkel (in den Medien meist verharmlosend als „liberaler Wirtschaftsflügel“ tituliert). Sie sind mit der bestehenden Gesellschaftsordnung einverstanden und zielen auf punktuelle Veränderungen, die auf ein tradiertes Familienbild und eine marktradikale Wirtschaftspolitik hinauslaufen. Diese Mitglieder der AfD sind koalitionsbereit mit der Union, mit der sie wesentliche Anschauungen teilen.

Der zweite Flügel mit Petry und Gauland betrachtet die Agitation gegen MigrantInnen nicht als zeitweise einzusetzendes Mittel zur Stimmenmaximierung, sondern will Rassismus zum zentralen

Fortsetzung Seite 2

men „zerschnitt sie symbolisch ihren Mitgliedsausweis und veröffentlichte davon per Facebook ein mit Smileys versehenes Bild“, meldete die „Junge Freiheit“ (7-2015). Mittlerweile trat Festerling – nebst Lutz Bachmann – als Rednerin auf der wieder stattfindenden „Pegida“-Kundgebung in Dresden auf. Auch das Hamburger AfD-Mitglied Markus Wegner, früher Funktionär der „Stattpartei“, gab gegenüber der „Jungen Freiheit“ seinen Austritt aus der Partei bekannt. Wegner spricht von „faschistischen Tendenzen“ in der AfD. Wenn die AfD irgendwann bei der Bundestagswahl 51% bekäme, werde er „einer der ersten sein, den sie ins Gulag sperren“, so der Hamburger. Raus ist auch der 64jährige Helmut Klug. Und zwar aus der Gewerkschaft. Klug, der Funktionen im DGB und der IG BCE innehatte, gründete 2004 im niedersächsischen Nordenham eine AfD-Gruppe. Die Gewerkschaft drohte mit einem Unvereinbarkeitsbeschluss. Klug fühlte sich gemobbt und trat nun aus der IG BCE aus. *hma* ■

Nazidemo in Dessau

DESSAU. Die „Freien Nationalisten Dessau“ mobilisieren für eine Demonstration am 7. März nach Dessau. Die Demonstration, die um 18 Uhr beginnen soll, steht unter dem Motto „Kriminelle Ausländer SOFORT ausweisen“. Im vergangenen Jahr hatte es schon einmal einen solchen Aufmarsch in Dessau gegeben. *hma* ■

Ominöse „Friedenskundgebung“ in Berlin

BERLIN. In der Tradition der „Montagsmahnwachen“ soll am Samstag, den 28. Februar, von 14 bis 17 Uhr vor dem Berliner Reichstag eine „Friedenskundgebung“ unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ stattfinden. In dem Aufruf der Organisatoren dieser Kundgebung heißt es u.a.: „Es gibt bei dieser einfachen Angelegenheit nichts auszugrenzen, egal ob Antifa, Pegida, Mahnwache, Linke, Rechte, marschiert zusammen, wir sind keine Partei !“ Die erste Bürgerpflicht sei es nun, „denen da oben eine Grenze aufzuzeigen“. Bis zum 12.Februar gab es auf Facebook knapp 2500 Zusagen für diese Kundgebung, die auch auf der Internetseite von Jürgen Elsässer von „Compact“ beworben wird. *hma* ■

NPD will am 1. Mai in Mönchengladbach marschieren

MÖNCHENGLADBACH – Die NPD kündigt für den1. Mai 2015 einen Aufmarsch unter dem Motto „Wir arbeiten, Fremde kassieren – Asylbetrug macht uns arm!“ in Mönchenglad-bach an, den man nach eigenen Angaben bereits bei der Polizei angemeldet habe. Auch vier RednerInnen wurden bereits benannt.

Neben dem NRW-Landeschef Claus Cremer, dem Mönchengladbacher Ratsherr Manfred Fr-entzen und der stellvertretenden NRW-Landesvorsitzenden Ariane Meise soll auch der Berliner Sebastian Schmidtke reden. Dem Vorsitzenden des

---

Anker der AfD-Politik machen. Dieser Flügel setzt dem Wahlkampfpopulismus des Parteichefs in spe einen Populismus in Permanenz entgegen. Hier wird auf Pegida und die Stimmungsmache gegen den Islam gesetzt – ein Agitationsfeld, das die Konservativen lieber meiden, weil die Pauschalurteile, mit denen AfDlerInnen um sich werfen, die seriöse Fassade der AfD bröckeln lassen.

Daneben phantasieren rechte SystemkritikerInnen, „Identitäre“ und Wirrköpfe aller Couleur davon, dass die BRD kein Staat, sondern eine GmbH sei. Einwanderung wird als Teil eines perfiden Plans wahlweise der USA, der „Bilderberger“ oder von Goldman Sachs gesehen, um Deutschland zu zerstören. Will die AfD jemals an einer Regierung beteiligt werden, wird sie sich von diesem Flügel verabschieden müssen.

Aber schon jetzt zeichnet sich ab, dass diese Trennung erhebliche Reibungsverluste mit sich bringen und auch Mitglieder umfassen würde, die einen restriktiven Umgang mit diesen „QuerulantInnen“ ablehnen. Zudem werden sie vom rechtspopulistischen Flügel gebraucht, um Mehrheiten gegen die Konservativen organisieren zu können.

Wie zumindest die beiden erstgenannten Strömungen dauerhaft miteinander klar kommen könnten, ohne dass die eine sich der anderen unterwirft und damit die eigene politische Option aufgibt, bleibt schleierhaft. Für Dauerstreit ist jedenfalls gesorgt.

Antifaschistische Intervention...

… bleibt nötig! Einer Etablierung der AfD stehen nicht zuletzt die Gegendemonstrationen und -aktionen im Wege, weil sie vor Augen führen, dass die AfD keine „ganz normale Partei“ ist.

Die AfD möchte zweigleisig fahren – in den Medien moderat und „vernünftig“ auftreten, ihre rechten WählerInnen aber gegen gesellschaftliche Minderheiten aufwiegeln. Zuletzt ist es immer wieder gelungen, die rassistische Stimmungsmache der AfD offen zu legen und ihr die Maske des braven Biedermanns runter zu reißen. Bei anderen Aspekten besteht Nachholbedarf – insbesondere bei ihrer antisozialen Wirtschaftsideologie oder ihrer wohlstandschauvinistischen Sozialpolitik.

Die Beobachtung des Treibens dieser Partei und das Bekanntmachen von reaktionären Äußerungen oder von Kontakten zu RechtsextremistInnen zwingt die Parteiführung sich von AfD-Mitgliedern zu distanzieren, will sie ihre bürgerliche Camouflage wahren. Das führt zu innerparteilichen Konflikten, die auf der Nahtstelle ihrer ideologischen Differenzen stattfinden.

Wenn eine Partei Law and Order auf ihre Fahnen geschrieben hat, und bei ihren Veranstaltungen stets Streit und Chaos herrschen, verliert sie ihre Glaubwürdigkeit. Durch ihre nach außen getragenen inneren Konflikte wird sie für alle als das erkennbar, was sie in Wirklichkeit ist: eine reaktionäre bis rechtspopulistische Sammlungsbewegung, die auf Ausgrenzung und verschärfte soziale Benachteiligungen erheblicher Teile der Gesellschaft abzielt.

F ■

Wer wählte AfD und warum?

Es waren mehr Männer als Frauen (7 zu 5 %), überdurchschnittlich viele ArbeiterInnen und Arbeitslose (11 bzw. 7 %), unterdurchschnittlich viele Selbständige (4 %). Man wählte die AfD aus Enttäuschung (71 %) und weniger aus Überzeugung (26 %).

AfD-WählerInnen schätzen ihre persönlich wirtschaftliche Situation zu 76 % als gut ein, glauben zugleich aber zu 75 %, sie profitierten nicht vom Wirtschaftswachstum.

Wahlentscheidend war für sie das Thema Zuwanderung (33 %), gefolgt von Bildung und Verkehr (26 und 21 %). Entsprechend zeigten 73 % Verständnis für Pegida, bei den CDU-WählerInnen sind es nur 20 %, bei denen der Linkspartei 13 %. Hamburg habe zu viele Flüchtlinge, meinen nur 23 % aller HamburgerInnen, aber 59 % der AfD-WählerInnen. Flüchtlinge sehen 42 % der AfDlerInnen als ein Problem im Alltag an (11 % in der Bevölkerung).

Daraus ergibt sich, dass die AfD das anvisierte mittelständische Klientel weniger erreicht, dafür aber Schichten der Bevölkerung, die von der AfD-Politik deutlich benachteiligt werden würden. Hier ist noch einiges an Aufklärungsarbeit zu leisten. Und: Die AfD wird, anders als in ihrer Selbstwahrnehmung, nicht wegen ihrer „Vernunft“ auf verschiedenen Politikfeldern gewählt, sondern Rassismus ist ihr Zugpferd. Diese Thematik wird sie daher demnächst noch stärker in den Vordergrund rücken.

(Zahlen der Tagesschau vom Wahlabend)

F ■

NPD-Landesverbandes Berlin bescheinigte das Amtsgericht Berlin im Mai 2014, dass er einer der „Köpfe“ des militanten Netz-werks „Nationaler Widerstand Berlin“ gewesen sei. Der NW Berlin betrieb bis zur Abschaltung der Seite im Dezember 2012 das zentrale Internetportal der Berliner Neonazi-Szene, auf dem eine steckbriefartige Auflistung von linken Einrichtungen und politischen GegnerInnenn, teilweise mit Fotos und Privatadressen, veröffentlicht wurde. Der Nennung folgten in vielen Fällen Bedrohungen, Sachbeschädigungen und sogar Brandanschläge.

Im vergangenen Jahr nahmen am 1. Mai etwas mehr als 100 Personen an einem NPD-Aufmarsch in Duisburg teil. (nrwrex berichtete) Zeitgleich folgten knapp 500 Neonazis einem Aufruf der Partei „Die Rechte“ zu einem Aufmarsch in Dortmund.

Nrwrex/lotta ■

Neonazi-Kundgebung gegen NSU-Prozess – 3. März 2015

Nach (dann) fast zwei Jahren Verhandlungsdauer planen Neonazis für Dienstag, 3. März 2015, nun erstmals eine Kundgebung gegen den NSU-Prozess. Die Neonazi-Kleinpartei „Die Rechte“ bewirbt die direkt vor dem Gerichtsgebäude geplante Aktion unter dem Motto „Schluß mit dem ‘NSU’-Schauprozeß – Freiheit für Ralf Wohlleben!“ und raunt im Aufruf verschwörungstheoretisch:

„Der bekannte Nationalist Ralf Wohlleben sitzt bei all dieses Ungereimtheiten seit November 2011 unter teilweise menschenunwürdigen Bedingungen in Untersuchungshaft. Die Aussage eines einzigen Mitangeklagten reichte aus, um ihm Beihilfe anzulasten. Auf andere ‘Beweise’ wartet die Öffentlichkeit bis heute vergebens. (…) Am 3. März wird DIE RECHTE durch eine öffentliche Kundgebung ihre Solidarität mit Ralf Wohlleben und allen politischen Gefangenen der BRD zum Ausdruck bringen.“

Nach Informationen des a.i.d.a.-Archives handelt es sich um eine vom lokalen Münchner Neonazi Philipp Hasselbach („Die Rechte“-Kreisvorsitzender) angemeldete Kundgebung in der Nymphenburger Straße 16. Von 8.15 Uhr bis 9.45 Uhr sollen vor dem Strafjustizzentrum Hasselbach sowie die bekannten Neonazis Hartmut Wostupatsch und Roland Wuttke auftreten.

Hintergrund der neonazistischen „Solidaritäts“-Aktion dürfte der vierzigste Geburtstag des Angeklagten Ralf Wohlleben wenige Tage zuvor (27. Februar) sein. Nähere Informationen folgen.

www.aida-archiv.de ■

Bergedorfer AfD-Kandidat spricht auf Neonazi-Demo

HAMBURG – Der Bergedorfer AfD-Kandidat Dr. Ludwig Flocken (Listenplatz 15 zur Bürgerschaftswahl 2015) sprach nach Informationen des Hamburger Bündnis gegen Rechts am Montag den 26. Januar 2015 auf der Demonstration des Schweriner Pegida-Ableger vor zahlreichen Neonazi-Kader. Anmelder der Abendspaziergänge der MVgida („Mecklenburg-Vorpommern gegen die Islamisierung des Abendlandes“) ist ein seit Jahren bekannter Neonazi-Aktivist aus dem Umfeld der NPD.…

MVgida ist offenkundig stärker mit der NPD vernetzt als andere Gida-Bewegungen in Deutschland. Regelmäßig beteiligen sich der NPD-Landesvorsitzende Stefan Köster sowie Fraktionschef Udo Pastörs an den Demonstrationen. Auch die Organisationsstruktur der Demonstrationen, sowie ein Großteil der 300 bis 500 Teilnehmenden kann dem Umfeld der NPD zugeordnet werden. Medien und AntifaschistInnen berichteten bereits. Am 26. Januar hielt nun AfD-Kandidat Dr. Ludwig Flocken vor zahlreichen Neonazis einen Redebeitrag. Dieser findet sich seit dem 1. Februar auf der antimuslimischen und rechtspopulitischen Seite „Pi-News“… Unter den TeilnehmerInnen befanden sich auch bekannte Neonazis aus Hamburg wie Torben Klebe. In seiner Rede wetterte Dr. Flocken gegen die „Lügenpresse“ und erläuterte die Positionen Pegidas.

Sein verzerrtes Weltbild wird in zahlreichen rassistischen, verschwörungstheoretischen und NS-relativierenden Aussagen deutlich. So verwendete der Orthopäde das N-Wort, wenn er über Menschen in Afrika sprach, warf den Medien Rassismus vor und relativierte den Holocaust als Verzweiflungstat Hitlers. Antifaschistische Gegendemonstrierende diffamierte er als SA: „Bei uns brauchen die Eliten euch als Fußvolk, um die Menschen zusammenzuschlagen und einzuschüchtern. Ihr seid die neue SA.“

Mit seiner Rede auf einer offensichtlich von Neonazis organisierten Demonstration hat Dr. Flocken bewusst gehandelt und den Schulterschluss nach rechts gesucht. … Am Fall Dr. Flocke wird nochmals deutlich, dass die AfD ein Sammelbecken für Personen ist, die kein Problem mit rechten bis extrem rechte Positionen haben. Distanzierungen der AfD von ihren rechten Mitgliedern blieben in der Vergangenheit oft folgenlos. Nicht zuletzt, da die AfD eine Schnittstelle zwischen Konservatismus und der (extremen) Rechten darstellt.

Als Hamburger Bündnis gegen Rechts haben wir bereits Anfang 2015 mit der Broschüre „Rechtspopulismus ist keine Alternative! Eine Kritik der AfD“ auf diese rechten Tendenzen hingewiesen. Weiterhin gilt für uns: Keine Stimme den Nazis! Keine Stimme dem Rechtspopulismus!

Hamburger Bündnis gegen Rechts ■

AfD-Sachsen: tschechischen Grenzort eingemeinden

Hora Svate Kateriny ist ein kleiner tschechischer Grenzort, der aufgrund seiner klammen Finanzlage einen Übertritt zur BRD in Erwägung zieht – die AfD ist voll dafür! Auf der Webseite der AfD-Fraktion des sächsischen Landtags äußert ihr Generalsekretär Uwe Wurlitzer, die TschechInnen seien „in Sachsen willkommen“. „Es liegt aber in der alleinigen, politischen Verantwortung der tschechischen Kommune, die Voraussetzungen für einen geplanten Gebietskörperschaftswechsel nach Sachsen zu schaffen.“ Nicht nur, dass das Unsinn ist, denn über den Verlauf einer Staatsgrenze entscheidet zuletzt eine kleine Kommune. Es zeigt vor allem, dass die AfD Sachsen bereit ist, die bestehenden Staatsgrenzen zu Gunsten Deutschlands zu schleifen!

Es ist bereits der zweite öffentlich gewordene Fall von Revanchismus in der AfD Sachsen. Bereits kurz nach der Sachsen-Wahl wurde bekannt, dass der Neuabgeordnete der AfD Detlev Spangenberg das „Bündnis für Freiheit und Demokratie“ mit gegründet hatte, das ein Deutschland in den Grenzen von 1937 anstrebte. Die sächsische Parteivorsitzende Frauke Petry äußerte seinerzeit, so etwas nicht tolerieren zu wollen, war aber sofort bereit, Spangenbergs Ausflucht, die 37er Grenze sei erst nach seinem Ausscheiden dem Webauftritt hinzugefügt worden, zu glauben. *F* ■

AfD-Abgeordnete organisiert „Demos für alle“

Die Europaabgeordnete der AfD Beatrix von Storch hat, laut dem Online-Portal „queer.de“, in einer Wahlkampfveranstaltung in Hamburg bekannt gegeben, dass sie es ist, die hinter den homophoben „Demos für alle“ steht. „Sie wissen vielleicht nicht, dass ich die organisiere, das läuft aus meinem Büro.“ Diese Demonstrationen richten sich gegen einen Sexualkundeunterricht, der laut Schullehrplänen Toleranz gegenüber den unterschiedlichsten Formen von Zusammenleben und Sexualität als Unterrichtsziel hat. Dies sei eine „Frühsexualisierung“ der Kinder, behaupten die DemonstrantInnen, und halten dem das Bild der klassischen Familie aus Vater, Mutter und Kindern als gesellschaftliches Leitbild entgegen.

Bisher gab es mehrere Demos mit bis zu 1000 TeilnehmerInnen in Stuttgart und eine – gering besuchte – in Hannover. Als Hauptorganisatorin gilt u.a. Freifrau von Beverförde von der „Initiative Familienschutz“, einer Gruppierung, die der „Zivilen Koaltion“ zugehört. Die „Zivilie Koalition“ ihrerseits ist ein Kampagnennetzwerk zur Beeinflussung der Öffentlichkeit im Sinne eines reaktionären Weltbildes – gegründet und geführt wird es von dem Ehepaar Sven und Beatrix von Storch. Insofern kann ihr „Outing“ nicht überraschen. *F* ■

Griechenland nach der Wahl – keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa

Aufruf: Europa neu begründen

Der politische Erdrutsch in Griechenland ist eine Chance nicht nur für dieses krisengeschüttelte Land, sondern auch dafür, die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU grundsätzlich zu überdenken und zu korrigieren.

Wir unterstreichen erneut die von Seiten der Gewerkschaften in den zurückliegenden Jahren vielfach geäußerte Kritik: Die entscheidenden Bedingungen, unter denen die finanziellen Hilfen für Griechenland gewährt werden, hatten von Anfang an nicht die Bezeichnung „Reform" verdient. Die Milliarden, die nach Griechenland geflossen sind, wurden vor allem für die Stabilisierung des Finanzsektors verwendet. Gleichzeitig wurde das Land mit einer brutalen Kürzungspolitik in die tiefste Rezession und damit zugleich in die höchste Staatsverschuldung der gesamten EU getrieben. Die Folge ist eine soziale und humanitäre Krise ohne Beispiel in Europa: Ein Drittel der Bevölkerung lebt in Armut, soziale Absicherungen wurden massiv geschwächt, der Mindestlohn um 22% gesenkt, das Tarifvertragssystem und andere Schutzrechte für noch Beschäftigte demontiert, und ausgerechnet die unteren Einkommensgruppen wurden zusätzlich steuerlich belastet. Die Arbeitslosigkeit liegt jetzt bei 27%, unter Jugendlichen sogar bei über 50%. Vielen Menschen fehlen ausreichende Mittel für Nahrung, Strom, Heizung und Wohnung. Ein großer Teil der Bevölkerung hat keine Krankenversicherung mehr und bekommt nur noch in Notfällen Zugang zu ärztlicher Versorgung. Das Wahlergebnis ist ein vernichtendes Urteil über diese verfehlte Politik.

Mit Reformen, die an den tatsächlichen Problemen Griechenlands ansetzen, hatte all dies nichts zu tun. Keines der strukturellen Probleme des Landes wurde gelöst, es wurden aber zusätzliche geschaffen. Es war eine Politik des Abbaus, nicht des Aufbaus. Wirkliche Strukturreformen, die diesen Namen verdienen, bahnen Wege zu neuen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten des Landes, anstatt eine hochqualifizierte junge Generation ins Ausland zu vertreiben. Wirkliche Strukturreformen machen ernst mit der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht. Wirkliche Strukturreformen bekämpfen Klientelpolitik und Korruption bei öffentlichen Aufträgen. Die neue griechische Regierung ist herausgefordert, ihre eigenen Wiederaufbau- und Entwicklungsprojekte vorzulegen, die Teil eines „Europäischen Investitionsplanes" werden müssen, wie er seit langem von den Gewerkschaften gefordert wird, und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass derartige Projekte Früchte tragen können.

Mit der neuen griechischen Regierung muss ernsthaft und ohne Erpressungsversuche verhandelt werden, um dem Land eine wirtschaftliche und soziale Perspektive jenseits der gescheiterten Austeritätspolitik zu eröffnen. Dies gilt insbesondere für die mit der bisherigen, jetzt abgewählten Regierung vereinbarten zerstörerischen Auflagen, unter denen die internationalen Kredite bislang gewährt wurden. Europa darf nicht auf der Fortsetzung einer Politik zu Lasten der Bevölkerung beharren, die von der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler unmissverständlich abgelehnt wird. Ein „Weiter so" darf es nicht geben!

Die Abwahl der für die bisherige Politik in Griechenland Verantwortlichen ist eine demokratische Entscheidung, die auf europäischer Ebene respektiert werden muss. Die neue Regierung braucht eine faire Chance. Wer jetzt die Fortsetzung des bisherigen, so genannten Reformkurses verlangt, spricht faktisch der griechischen Bevölkerung das Recht auf eine demokratisch legitimierte Neuorientierung der Politik in ihrem Land ab. Und wenn hinzugefügt wird, eine solche Neuorientierung sei allenfalls möglich, wenn Griechenland aus der Europäischen Währungsunion ausscheide, werden die europäischen Institutionen für unvereinbar mit demokratischen Entscheidungen in den Mitgliedsländern erklärt. So erhalten die erstarkenden nationalistischen Strömungen in Europa zusätzlichen Rückenwind.

Die vielfach beklagten, doch immer noch nicht überwundenen demokratischen Legitimationsdefizite auf europäischer Ebene dürfen nicht zusätzlich durch die Einschränkung der Demokratie in den Mitgliedsländern zementiert werden. Vielmehr muss, wie viele von uns 2012 in dem Aufruf „Europa neu begründen" hervorgehoben haben, die Demokratie auf EU-Ebene gestärkt werden, wenn dem europäischen Projekt neue Glaubwürdigkeit gegeben werden soll. Das europäische Projekt wird nicht durch Spardiktate gestärkt, sondern nur durch die demokratische Initiative von unten für wirtschaftlichen Wiederaufbau und mehr soziale Gerechtigkeit.

Diese Initiative muss jetzt im Interesse der Menschen in Griechenland unterstützt werden. Sie gibt zugleich neue Anstöße für einen politischen Kurswechsel in Europa. Der politische Umbruch in Griechenland muss zu einer Chance für ein demokratisches und soziales Europa gemacht werden!

Erklärung unterzeichnen:
www.europa-neu-begruenden.de/

Entschädigungsfrage zurück auf der politischen Agenda

Neue griechische Regierung lässt NS-Opfer hoffen

Kaum war der neue griechische Ministerpräsident Tsipras im Amt, legte dieser bereits den Finger in die Wunde. Deutschland hat bis heute seine Schulden gegenüber Griechenland aus der Zeit der Besatzung von 1941 bis 1944 nicht bezahlt. Die derzeitige Kampagne deutscher Medien gegenüber der neuen griechischen Regierung stellt eine Verdrehung der tatsächlichen Verhältnisse dar. Die Forderungen Griechenlands sind juristisch, politisch und moralisch begründet.

Deutschland hat seine Reparationsverpflichtungen nicht erfüllt, es hat die „Zwangsanleihe" nicht zurückgezahlt, die das Deutsche Reich der griechischen Staatskasse abgepresst hatte, um die Kosten der Besatzung aufzubringen und auch große Teile des geraubten Kulturguts wurden nicht zurück gegeben. Das sogenannte „Wirtschaftswunder" in der Bundesrepublik Deutschland wäre nicht möglich gewesen ohne die Stundung der Kriegsschulden im Londoner Schuldenabkommen von 1953. Spätestens seit dem 2+4 Vertrag von 1990 sind diese Schulden aber fällig. Die Zahlungsverweigerung Deutschlands ist ein klarer Bruch internationaler Verträge.

Die griechische Regierung hat daher allen Grund der deutschen zu sagen: „Zahlt erstmal eure Schulden, bevor wir über unsere reden."

NSU-Prozess

Die Betroffenen der Keupstraße ergreifen das Wort – und werden erneut verunglimpft

KASSEL/MÜNCHEN/KÖLN, 11.02.2015 – Die Initiative „Keupstraße ist überall“ und das bundesweite Aktionsbündnis „NSU-Komplex auflösen“ weisen die jüngsten Diffamierungen durch einige MedienvertreterInnen zurück, die sich gegen Betroffene der Nagelbombe in der Kölner Keupstraße und einige NebenklägerInnen im NSUProzess richten. Es wird versucht, den Betroffenen des Mordanschlags das Recht abzusprechen, die rassistische Tat anzuklagen. Dieses Recht ist aber nicht verhandelbar. Wir lassen nicht zu, dass die Betroffenen des Neonazi-Terrors in Opfer erster und zweiter Klasse gespalten werden.

Zum Hintergrund: Am 20. Januar dieses Jahres erhoben die Betroffenen des NSUNagelbombenanschlages in der Kölner Keupstraße ihre Stimme. Gemeinsam mit der Initiative „Keupstraße ist überall“ und einem bundesweiten Bündnis forderten sie auf einem Aktionstag vor dem Oberlandesgericht in München die vollständige Aufklärung des NSUKomplexes. Sie berichteten von dem terroristischen Anschlag des Neonazi-Netzwerks NSU im Jahr 2004 und von den unmittelbaren Verwüstungen und Verletzungen, die diese Bombe angerichtet hatte. Aber auch im Gericht versuchten sie als Zeugen und Zeuginnen deutlich zu machen, dass die Bombe nur der Anfang eines jahrelangen Leidenswegs war, der seine Fortsetzung in Verdächtigungen, Bespitzelungen und Verhören durch die ermittelnden Behörden nahm. Für die Polizei war es ausgemachte Sache, dass die Täter im „migrantischen Milieu“ zu finden seien. Bis zur Selbstenttarnung des NSU im Jahr 2011 wurden die Opfer wie Täter behandelt. Sie wurden vielfältigen Unterstellungen ausgesetzt, die allesamt die Grundannahme teilten, dass die türkisch geprägte Nachbarschaft der Keupstraße eine undurchdringliche, verschworene und kriminelle Parallelwelt sei.

Der Anschlag nach dem Anschlag

Auch die Presse hat dieses Bild maßgeblich mitgestaltet und verbreitet. Prominent dabei war auch die Zeitschrift Der Spiegel, die noch im Februar 2011 unter dem Titel „Düstere Parallelwelt“ zu berichten wusste, dass man zwar immer noch nicht wisse, wer hinter der Mordserie an den neun ausländischen Gewerbetreibenden stecke, allerdings gewiss sei, dass der Täter aus dem „migrantischen Milieu“ stamme (21.2.2011).

Diese Diffamierungsgeschichte war für die Betroffenen aus der Keupstraße mit dem Schrecken des Bombenanschlags untrennbar verflochten und stellte dessen Fortsetzung dar; für sie war es der Anschlag nach dem Anschlag.

Betroffene können Hinweise zur Aufklärung des NSU-Komplexes liefern

Diesem Zusammenhang wurde vom Gericht bisher keine Bedeutung zugemessen. Deswegen artikulierten die Betroffenen auf dem Aktionstag vor dem Gericht die Erfahrung von rassistischer Schikane und Drangsalierung. Sie machten auf die Verwicklung von Geheimdiensten und Neonazi-Strukturen sowie die Bedeutung von institutionellem Rassismus aufmerksam. Die Betroffenen erläuterten, dass sie nicht nur von Neonazis angegriffen, sondern auch von Behörden und Teilen der Öffentlichkeit als Problem angesehen und entsprechend attackiert wurden – teilweise bis heute. Der Aktionstag war in diesem Sinne ein voller Erfolg, weil die öffentliche Aufmerksamkeit und Anteilnahme für die leidvollen Erfahrungen der Opfer der Nagelbombe sehr hoch war. Endlich konnten die Betroffenen ihre Geschichte ungestört einer medialen Öffentlichkeit berichten, ohne unterbrochen und gemaßregelt zu werden. Es wurde deutlich, dass die Betroffenen ExpertInnen in der Einschätzung rassistischer Verhältnisse sind, und ihre jahrzehntelangen Erfahrungen Hinweise zur Aufklärung des NSU-Komplexes liefern können.

Reaktion auf das Ausbrechen aus der zugewiesenen Opferrolle

Noch während des Aktionstages und in den Tagen danach verschärfte sich allerdings der Ton des Gerichts. Viele ZeugInnen fühlten sich vom Gericht mit seinem Vorsitzenden Richter Götzl wie Angeklagte behandelt. Unwirsch versuchte er sie in Widersprüche zu verwickeln und ließ jegliche Form eines sensiblen Umgangs mit diesen zum Teil noch stark traumatisierten Menschen missen. Die ZeugInnen aus Köln, die gleichzeitig auch als NebenklägerInnen auftreten, wurden mitunter wie Verdächtige behandelt. Diesen Umgang verstehen wir als eine Reaktion auf das Ausbrechen dieser Menschen aus der ihnen zugewiesenen Rolle. Zwei Artikel auf Spiegel Online vom 22.1. und 28.1.2015 und andere Medienberichte gingen einen Schritt weiter und kehrten in eingeübter Manier Opfer in Täter um. Erneut wurden die migrantischen Betroffenen unglaubwürdig gemacht und auf einen gesellschaftlichen Platz verwiesen, an dem sie passiv und stumm verharren sollen. Statt auf das Unrecht einzugehen, das den Opfern des Nazi-Terrors zugefügt wurde, berichtete die Spiegel- Journalistin Gisela Friedrichsen von zerstrittenen Anwälten, erfundenen Opfergeschichten und unrechtmäßiger Beteiligung verschiedener NebenklägerInnen. Damit unterstützt Der Spiegel das Störfeuer der Verteidigung von Beate Zschäpe. Am Tag nach der Veröffentlichung beantragte die Verteidigung, NebenklägerInnen aus der Keupstraße und engagierte Anwälte vom Prozess auszuschließen. Die anklagenden Betroffenen sollen in die Defensive gedrängt werden.

Rassisten nicht in die Karten spielen

Damit führten Der Spiegel und ihn flankierende Medien eine schlechte Tradition weiter, in der Opfer von Rassismus verdächtigt und verunglimpft werden, wie es auch in der Keupstraße in den Jahren 2004 bis 2011 geschah. Statt endlich das ausgedehnte Netzwerk des NSU zu recherchieren, das sich gerade in dem Anschlag in der Kölner Keupstraße andeutet und das bis heute im Verborgenen gehalten wird, greift Der Spiegel mit Falschdarstellungen voller Ressentiments erneut die Opfer an. Er bedient weiterhin das Bild der „gefährlich Fremden“ und damit den Diskurs der Straßenrassisten von Pegida und Co. Dieses Vorgehen erfordert eine entschiedene gesellschaftliche Antwort.

Unterzeichner/innen aus dem Bundesweiten Aktionsbündnis „NSU-Komplex auflösen“ o Initiative „Keupstraße ist überall“, Köln o Initiative 6. April, Kassel o Initiative „Das Schweigen durchbrechen“, Nürnberg o Bündnis gegen Rassismus, Berlin o Allmende e.V. – Haus alternativer Migrationspolitik und Kultur, Berlin o Antirassistische Initiative Berlin e.V. o Bündnis gegen Naziterror und Rassismus, München
Website: www.keupstrasse-ist-ueberall.de

PM Bundesweites Aktionsbündnis „NSU-Komplex auflösen“





Foto Quelle: http://www.griechenlandsolikiel.de/

Es gibt eine zweite Schuld, die Deutschland bis zum heutigen Tage nicht beglichen hat und die auf keinen Fall mit den Staatsschulden Griechenlands verrechnet werden darf. Während der deutschen Besatzungszeit von 1941 bis 1944 kamen in Griechenland mehr als 30000 Menschen allein durch Massaker zu Tode. Die Überlebenden der zahlreichen Nazi-Massaker und die Angehörigen der Ermordeten haben bis heute keine Entschädigungsleistungen von der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Die Opfer der NS-Verbrechen haben Anspruch auf individuelle Entschädigung für den erlittenen Schaden und das Leid.

Nach der grundlegenden Entscheidung des Areopag aus dem Jahre 2000 im Fall Distomo und der Verhinderung der Vollstreckung der Schadensersatzansprüche der Opfer gegen deutsches Staatseigentum in Griechenland durch politische Intervention Berlins, waren es zuletzt italienische Gerichte, die den Rechtsweg auch für griechische NS-Opfer eröffneten. Bahnbrechend war die Entscheidung des italienischen Verfassungsgerichts, das am 22. Oktober 2014 feststellte, jeder Mensch habe ein Grundrecht, vor den Gerichten Gehör zu finden. Hieran könne auch die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs (IGH) in Den Haag von Februar 2012 nichts ändern. Mit dieser hatte Deutschland Staatenimmunität für NS-Kriegsverbrechen zugestanden bekommen. Nach Auffassung des IGH dürften die Opfer der in ihrem eigenen Land begangenen NS-Verbrechen vor den Gerichten ihres Landes nicht gegen Deutschland auf Schadensersatz klagen. In Italien ist dies seit Oktober 2014 wieder möglich.

Die Schadensersatzansprüche der griechischen Opfer könnten aber auch in Griechenland befriedigt werden. Dafür müsste die neue Regierung einer Vollstreckung der gegen Deutschland ergangenen Urteile zustimmen. Sollte Deutschland seine Schulden an die Opfer der NS-Massaker immer noch nicht bezahlen wollen, könnten im deutschen Staatseigentum stehende Immobilien in Griechenland zwangsversteigert und die Ansprüche der Opfer endlich realisiert werden.

Im Gegensatz zu den hier öffentlich erhobenen Prophezeiungen wäre das kein Affront gegen Deutschland, sondern ein Akt für den Frieden und für die Gerechtigkeit heute. Es wäre das Signal an heutige Kriegstreiber, dass Völkerrechtsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit nicht mit schönen Worten erledigt werden können, sondern der Schädiger – so mächtig er inzwischen sein mag – auch finanziell für das angerichtete Unrecht gerade stehen muss, auch noch nach 70 Jahren.

Der AK-Distomo fordert weiterhin:

- Sofortige Entschädigung aller griechischen Opfer des Nationalsozialismus!
- Nazi-Verbrechen nicht vergeben, den antifaschistischen Widerstand nicht vergessen!
- Gemeinsamer Kampf gegen den wiedererstarkenden Faschismus in Europa!

AK-Distomo
Hamburg, den 5. Februar 2015
http://ak-distomo.nadir.org/

Lasst Kobanê nicht alleine!

Türkei muss Grenze für Wiederaufbau öffnen!

„Die Stadt Kobani und viele umliegende Dörfer konnten nach rund fünf monatigen Kämpfen von den Terrormilizen des IS befreit werden. Doch der Preis dafür sind nicht nur hunderte im Kampf gefallene Verteidigerinnen und Verteidiger von Kobani sondern auch die immense Zerstörung der Stadt. Um eine Rückkehr der in die Türkei geflohenen rund 200 000 Einwohner des Kantons und den einer Neugründung gleichkommenden Wiederaufbau der Stadt zu ermöglichen, braucht Kobani weiterhin internationale Unterstützung“, erklärt die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke. Jelpke weiter:

„Obwohl die heimtückische Absicht der türkischen AKP-Regierung, die Selbstverwaltung von Kobani mit logistischer Unterstützung für den IS zu zerschlagen, gescheitert ist, nimmt Ankara weiterhin eine negative Haltung gegenüber Kobani und der Selbstverwaltungsregion Rojava in Nordsyrien ein. So dürfen lediglich Grundnahrungsmittel über den Grenzübergang Mürsitpinar- den einzigen Zugang zur weiterhin vom IS umzingelten Stadt - nach Kobani gebracht werden. Baufahrzeuge und Baumaterial werden ebenso von der türkischen Armee am Passieren gehindert wie Delegationen internationaler Hilfsorganisationen, die sich ein Bild machen wollen.

Kobani hat stellvertretend für die ganze Welt gegen den djihadistischen Terror gekämpft und dem IS seine bislang schwerste Niederlage beigebracht. Kobani hat den Mythos von der Unbesiegbarkeit des IS nachhaltig erschüttert.

Jetzt ist die Welt im Gegenzug gefordert, den Wiederaufbau der Stadt zu unterstützen. Dafür muss neben materieller Unterstützung zuerst einmal politischer Druck auf die türkische Regierung ausgeübt werden, einen humanitären Korridor nach Kobani zu ermöglichen. Lassen wir Kobani auch nach der Befreiung vom IS nicht alleine!“

Ulla Jelpke, MdB ■

Zuverlässige deutschsprachige Informationen zum Thema:
civaka-azad.org
www.nadir.org/nadir/initiativ/isku



FN-Kandidatin in aufsehenerregender Nachwahl nur knapp geschlagen

1. und 8. Februar 2015: Sophie Montel scheitert in Audincourt, erhält jedoch knapp 49 % der Stimmen. Die politische Auseinandersetzung in Ostfrankreich wird weitreichende Folgewirkungen haben, denn die Spaltung des konservativen Lagers gegenüber der extremen Rechten wurde betoniert

Die dreizehn könnte die Glückszahl des französischen Parti Socialiste (PS) gewesen sein. Denn nach dreizehn Wahlniederlagen riss die Unglücksserie für die Regierungspartei von François Hollande und Manuel Valls, zumindest vorübergehend, ab. Zum Triumph besteht jedoch kein Anlass, wie ihr frisch gewählter Abgeordneter Frédéric Barbier am Abend des Sonntag, den 8. Februar 2015 denn auch ausdrücklich betonte.

Wird ein Parlamentssitz in der französischen Nationalversammlung frei, etwa durch Ableben oder dauerhaften Berufswechsel einer oder eines Abgeordneten, dann wird eine so genannten Teilwahl im betreffenden Wahlkreis organisiert. Anders als im föderal organisierten Deutschland existiert keine Landesliste, auf der Nachrücker ins Parlament einziehen könnten. Solche Nach- oder Teilwahlen dienen traditionell als Gradmesser für den Einfluss der politischen Parteien im Lauf einer Legislaturperiode. An den ersten beiden Sonntagen im Februar 2015 fand, in zwei Durchgängen, die vierzehnte élection partielle seit dem Antritt der bestehenden sozialdemokratischen Parlamentsmehrheit im Juni 2012 statt.

Es ging dabei um viel. Denn wäre der Parlamentssitz, den der vormalige Abgeordnete und zeitweilige Wirtschaftsminister Pierre Moscovici inne hatte – er ist aufgrund seines Wechsels als EU-Kommissar nach Brüssel auf Dauer verhindert – verloren gegangen, dann hätte die Regierungspartei zugleich ihre absolute Sitzemehrheit im Parlament eingebüßt. Die Partei wäre dann entweder auf die Grünen angewiesen gewesen, die theoretisch zur Regierungsmehrheit gehören, aber seit dem April 2014 ihre Minister aus dem Kabinett zurückgezogen haben, oder aber auf wechselnde Mehrheiten. Überdies wurde der Urnengang allgemein als wichtiger Stimmungstest in Frankreich, genau einen Monat nach den mörderischen Attentaten vom 7. und 9. Januar 2015 in Paris, gewertet.

Noch vor wenigen Wochen hätte kaum jemand einen Blumentopf darauf verwettet, dass es der Sozialdemokratie gelungen würde, in die Stichwahl am zweiten Stimmsonntag (8.2.2015) einzuziehen. Nun hat sich jedoch gezeigt, dass es ihr gelungen ist. Statt, wie allgemein erwartet, zwischen der konservativ-wirtschaftsliberalen UMP und dem rechtsextremen Front National (FN) wurde die zweite Runde der Wahl zwischen der Sozialdemokratie und dem FN ausgetragen.

Die Kehrseite der Medaille ist, dass der FN dabei wohl wesentlich höher abschneiden konnte, als es ihm mutmaßlich im Wettstreit mit einem konservativen Kandidaten gelungen wäre. Denn die Wählerschaft der bürgerlichen Rechten teilte sich dabei zwischen den zur Auswahl stehenden politischen Blöcken auf.

Am Montag, den 9. Februar behauptete der Vizepräsident des FN, Florian Philippot, „auf manifeste Weise“ habe „eine Mehrheit“ der konservativen Wähler in der Stichwahl für die FN-Kandidatin Sophie Montel gestimmt. Inzwischen wurden die Zahlenergebnisse einer wissenschaftlichen Untersuchung publik, denen zufolge zumindest „die Hälfte“ der UMP-Wähler/innen dies auch wirklich tat [1].

Die 43jährige zählt zum Urgestein des Front National, bei dem sie sich seit dem Alter von 18 betätigt. Als dessen damaliger Chef Jean-Marie Le Pen 1996 erheblichen Gegenwind erhielt ‚nachdem er explizit von der „Ungleichheit der Rassen“ als einer angeblichen „Evidenz“ gesprochen hatte, warf Montel sich aktiv zu seiner Verteidigung in die Bresche. Im Stadtrat von Besançon schwadronierte sie damals zu diesem Zweck von der offensichtlichen Überlegenheit „der französischen Kultur“ über jene „der Hunnen und der Bantus“. Wenn ihre Partei also seit nunmehr vier Jahren offiziell einer Strategie der dédiabolisation – „Entdämonisierung“ – huldigt, dann ist Sophie Montels langjährige politische Sozialisierung jedenfalls nicht von diesem Bemühen geprägt.

Die Nachwahl an den beiden Sonntage (1. und 8.2.2015) fand nicht in Besançon statt, sondern einige Kilometer entfernt im ostfranzösischen Audincourt, rund vierzig Kilometer von der deutschen und weniger als fünfzehn Kilometer von der schweizerischen Grenze entfernt. Es handelt sich um einen alten Arbeiterbezirk, geprägt von der Tätigkeit bei Peugeot und den Automobilzulieferern, wo die etablierten Linksparteien sehr viel Enttäuschte hinterlassen haben. Um nicht gar zu auffällig anzuecken, enthielt Montel sich weitgehend eines aktiven Wahlgangs. Sie verhielt sich überwiegend still, ging davon aus, dass die Zeit für ihre Partei arbeite, und prangerte höchstens ab und zu die Abwanderung von Industrien und die „islamistische Gefahr“ an.

Montel lag nach dem ersten Wahlgang mit 32,6 Prozent in Führung, gefolgt vom PS-Kandidaten Barbier mit 28,9 Prozent. Der UMP-Bewerber fiel mit 26,5 Punkten durch. Dieser vorläufige Ausgang hing sicherlich auch mit der politischen Großwetterlag zusammen: Politisch von der Atmosphäre nach den Anschlägen profitiert hat vor allem die amtierende Regierung. Hinter ihr haben viele Franzosen die Reihen geschlossen. Auch wenn das Klima zwar teilweise integrativ, in anderen Strömungen aber auch nationalistisch und repressiv geprägt ist – im französischen Parlament sangen erstmals seit 1919 Abgeordnete quasi aller Lager stehend die Nationalhymne, und innerhalb von zwei Wochen wurden mehr Anschläge auf muslimische Einrichtungen verübt als im ganzen Jahr 2014 -, konnte die UMP nicht so sehr davon profitieren wie die aktuell Regierenden. Einerseits, weil sie in der Opposition ist, andererseits durch die peinliche persönliche Profilierungssucht ihres alt-neuen Vorsitzenden Nicolas Sarkozy. Er hatte sich bei der Pariser Demonstration am 11. Januar d. J. aus der dritten Reihe, wo protokollmäßig sein Platz war, in die erste vorgedrängelt und durchgequetscht, wie viel kommentierte Fotos belegen.

Aufgrund der Tatsache, dass sie bei der Stichwahl nicht mehr vertreten war, traten die grundlegenden Spaltungslinien im konservativen Lager nun umso ungeschminkter zutage. Seit einem Vierteljahrhundert lautet dort die Gretchenfrage: Wie hältst Du es mit der Gretchenfrage, und damit einigen Eckwerten der bürgerlichen Demokratie? Die innerparteilichen Fronten haben sich dabei nach rechts verschoben. Denn bis vor vier Jahren galt es als selbstverständlich, dass bürgerliche Rechte bei einer Stichwahlentscheidung zwischen Sozialdemokraten und Rechtsextremen „republiktreu“ wählen. Erstmals hatte Nicolas Sarkozy diese alte Linie bei den Bezirksparlamentswahlen im März 2011 über den Haufen geworfen.

In der ersten Februarwoche 2015 vertrat Sarkozy nun eine Position, die darauf hinauslief, sich zwar inhaltlich gegen die extreme Rechte auszusprechen, aber der eigenen Anhängerschaft das Wahlverhalten offen zu lassen – also keine Stimmempfehlung auszusprechen. Doch Sarkozy wurde mit seiner Haltung im UMP-Vorstand überstimmt. Bei einer knappen Kampfabstimmung sprachen sich 19 Teilnehmer für die Position Sarkozys aus, doch 22 für den Gegenvorschlag, der darauf hinauslief, keine der beiden Kandi-

daturen sei akzeptabel. Die UMP rief also offiziell dazu auf, nicht oder ungültig zu votieren. Am Sonntag der Stichwahl waren dann auch neun Prozent der Stimmzettel ungültig gemacht worden.

Diese Positionierung bedeutete vor allem einen Bruch mit der Haltung der so genannten „republikanischen Front", die in der Vergangenheit bei der bürgerlichen Rechten vorherrschend war und der zufolge die Sozialdemokratie – anders als der FN – zum Verfassungsbogen zähle. Eine Minderheit konservativer Spitzenpolitiker sprach sich dennoch dafür aus, am Sonntag sozialdemokratisch zu stimmen, so Ex-Premierminister Alain Juppé und die gescheiterte Pariser Bürgermeisterkandidatin Nathatlie Kosciusko-Morizet. Umgekehrt ließ der Abgeordnete und Ex-Minister Thierry Mariani vom rechten Parteiflügel durchblicken, dass der FN für ihn letztlich das kleinere Übel darstelle. Dessen „Werte" seien zwar ein Problem, aber viel schlimmer seien doch die „Auflösung der Republik" und des Nationalstaats sowie die Arbeitslosigkeit. Und für diese seien, man ahnte es, doch die vermeintlich regierenden „Linken" verantwortlich.

Nicolas Sarkozy schaffte es nicht, Ruhe in seinen Parteiladen einkehren zu lassen. Auch deswegen nicht, weil er – wie sich hinterher herausstellte – aus finanziellen Gründen auf Vortrag in Abu Dhabi weilte, als am Montag und Dienstag nach der ersten Wahlrunde (02. und 03. Februar) die heiße Phase der Debatte losging. Als diese ausbrach, saß er im Flugzeug. 150 000 Euro für 45 Minuten Vortrag – das konnte sich der Ex-Präsident nicht entgehen lassen, dessen vergangene und gegenwärtige Finanzierung durch Golfmonarchien, früher auch andere arabische Diktaturen, weithin bekannt ist. Nachdem dies gegen Ende der Woche dann auch der Öffentlichkeit bekannt wurde, verfiel Sarkozys Popularität rasant weiter. Innerhalb von Stunden verlor er bei den UMP-Sympathisanten 26 Prozentpunkte an Beliebtheitswerten.

Am Ende siegte zwar der PS-Kandidat in Audincourt mit 51,4 Prozent der Stimmen, relativ knapp und mit unter 900 Stimmen Abstand. Doch die Debatte um Positionierungen gegenüber der extremen Rechten ist nun wieder über Monate hinaus befeuert worden. Der Mitte-Rechts-Politiker Yves Jégo stellte am Montag, den 8.2.2015 fest, dass es nun „nicht mehr unwahrscheinlich" sei, dass der FN an die politische Macht gelangen (oder an ihr teilhaben) könnte.

Bernard Schmid, paris ■

1 Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2015/02/13/selon-une-etude-la-moitie-des-electeurs-ump-ont-vote-fn-au-second-tour-dans-le-doubs_4576093_823448.html#GCq4yaIQBfD4C023.99

Kulturkontroverse in Frankreich: Michel Houllebecq: Romanschriftsteller und unterschwelliger rechter Agitator

Aber ist er nun islamophob – oder eher islamophil? Rassist? Religionsfan? Ambivalent, Zyniker, berechnender Provokateur, oder doch nur Bestsellerautor mit Verkaufsinteresse?

Die Realität holt mitunter die Fiktion ein. Nehmen wir zum Beispiel einmal an, zum Ausklang des alten Jahres 2014 hätte der Verfasser dieser Zeilen an dieser Stelle einen Text veröffentlicht, in dem folgendes Szenario ausgemalt worden wäre: Am 7. Januar 2015 erscheint ein Buch von Michel Houellebecq. Es handelt, leicht vergröbert ausgedrückt, von einer muslimischen Machtübernahme in Frankreich, auf politischer Ebene. Am Vormittag desselben Tages erscheint die Satirezeitung Charlie Hebdo der Woche mit Michel Houellebecq auf dem Cover. Bei der Redaktionssitzung kurz vor Mittag greifen zwei mit Kalaschnikows bewaffnete radikal-islamistische „Gotteskämpfer" an und ermorden die Hälfte der Redaktion, weil die Zeitung „den Propheten beleidigt habe". Nicht Michel Houellebecq, aber Mohammed. Eine Stunde später geht eine Meldung der Nachrichtenagentur AFP durch die Lande: „Die Zeichner Charb, Cabu, Tignous, Wolinski ermordet." In der darauffolgenden Woche werden die Opfer beigesetzt, zwei von ihnen auf dem beinahe legendären Pariser Friedhof Père Lachaise.

Man hätte den Frankreichkorrespondenten dieser Zeitschrift unverzüglich des Alkoholismus oder sonstigen Drogenkonsums geziehen. Der Verfasser wäre darüber untröstlich gewesen, oder auch nicht. Und doch ist alles, was soeben aufgezählt wurde, strenge Wirklichkeit. Genauso trugen sich die in diesem Zeitraum Aufsehen erregendsten Ereignisse im französischen Kulturleben und der Innenpolitik zu. Auch wenn der Autor dieser Zeilen sie allerdings tatsächlich nicht vorsehen konnte.

An dem Tag, an dem der zehnfache Mord in ihrer Redaktion begangen wurde, hatte Charlie Hebdo mit Houellebecq auf ihrer Seite Eins aufgemacht. Der fast 57jährige, der seit seinen ersten größeren Medienauftritten vor nunmehr gut fünfzehn Jahren rapide gealtert wirkt, taucht dort mit einer Sprechblase auf, die seine guten Vorsätze oder aber Zukunftsvorhersagen zusammenfasst: „2015 fallen mir alle Zähne aus. 2022 mache ich Ramadan."

Identitäre, Jihadisten, muslimische Brüderschaft

An diesem 7. Januar 2015 erschien Houellebecqs neuester Roman unter dem Titel Soumission (Unterwerfung), eine Anspielung auf den Begriff „Islam" der im Arabischen nichts Anderes als „Unterwerfung" – unter Gott – bedeutet. Darin schildert er ein Frankreich im Jahr 2022, das am Ende einer „katastrophalen" zweiten Amtszeit des – heute wenig beliebten – Staatspräsidenten François Hollande kurz vor dem Abgrund steht. Zusammenstöße zwischen Gruppen, die oft unerkannt bleiben, unter denen sich aber rechte „Identitäre" einerseits und Jihadisten andererseits zu befinden scheinen, häufen sich. Das Land ist sozial ausgeblutet und auf Sinnsuche. Es kommt zu einer Präsidentschaftswahl, und bei dieser bleiben in der Stichwahl nur noch zwei Alternativoptionen übrig: Das Wahlvolk kann entweder für die Rechtsextreme Marine Le Pen stimmen, oder aber für den Kandidaten der Fraternité Musulmane (FM, „Muslimische Brüderschaft") – eine Anspielung auf die Muslimbrüderschaft, die aber auf französisch Frères musulmans heißt –, Mohammed Ben Abbes. Letzterer ist im Kern kein ideologischer Überzeugungstäter, sondern ein machtpolitisch orientierter Pragmatiker.

Aus Platzgründen (stöhn) können wir an dieser Stelle nicht näher auf den Inhalt eingehen, und verweisen dazu – sowie für einige erste Reaktionen auf das neueste Buch Houllebecqs – auf einen im Januar 2015 publizierten Artikel vom Autor dieser Zeilen: vgl. http://jungle-world.com/artikel/2015/04/51309.html

„Invasion" & Ängste

Die erste Lesart des Buches von Houellebecq, dessen Aufbau und Handlung in seinen Grundzügen – aber nicht den Details – seit dem 17. Dezember 2014 bekannt geworden war, lautete: Es handelt sich um eine Warnung vor der islamischen Überfremdung. Edwy Plenel, Gründer und Leiter der Internetzeitung Mediapart, vergleich Houellebecq etwa mit dem Fernsehjournalisten und rechten Hetzer Eric Zemmour: Ersterer sei für den Roman, was Letzterer im Bereich des politischen Essais leiste. Zemmour kam in den letzten Wochen wieder ins Gerede. Am 15. Dezember 2014 wurde in Frankreich ein Interview publik, das Ende Oktober im italienischen Corriere dela Sera erschienen wird. Darin wird Zemmour provokativ ge-

fragt, ob er „die Deportation von fünf Millionen Muslimen aus Frankreich“ befürworte. Eric Zemmour antwortet darauf nicht mit Ja und nicht mit Nein, er weist den Begriff der Deportation nicht zurück und verwendet ihn auch nicht. Er begnügt sich damit, zu antworten, es seien viele Dinge machbar, die man vorher nicht für möglich gehalten hätte.

Marine Le Pen und ähnliche Reaktionen

An einer möglichen politischen Nutzanwendung für ihre eigene Agitation interessiert, erklärte Marine Le Pen am 5. Januar d.J., die Vision von Michel Houellebecq „könnte Wirklichkeit werden“. Sie wolle das Buch lesen, das zu dem Zeitpunkt noch nicht erschienen war. Ihr Abgeordneter Gilbert Collard pflichtete bei, die Machtübernahme durch eine muslimische Partei sei angeblich „aus demographischen Gründen“ wirklich möglich.

Alles ganz anders, und ein ideologisches Missverständnis?

Dabei ist jedoch alles andere als sicher, ob genau dies – die Beschwörung solcher Gefahren – auch wirklich die Intention des Verfassers ist. Houellebecqs Protagonist „François“ führt seine Positionen wenig aus, vielmehr kommen vor allem seine Diskussionspartner in ausführlichen Dia- und Monologen zu Wort. Allerdings ist bemerkenswert, dass Houllebeqs Held und Hauptprotagonist – mit dem er sich offensichtlich zumindest teilweise identifiziert -, im Berufsleben Literaturprofessor, als „Spezialist von Joris-Karl Huysmans“ präsentiert wird. Huysmans war ein Akteur des Geisteslebens im 19. Jahrhundert, mit dem auch eine Wiederbesinnung auf das Religiöse, eine Wiederkehr des Gottesbedürfnisses verbunden ist – und welcher, relativ spät im Leben, zum (aktiven) Katholizismus konvertierte. Huysmans war darüber hinaus Antisemit, was zu seiner Lebenszeit nicht außergewöhnlich war. Dies zu sein, möchten wir Houllebecq nun allerdings nicht vorwerfen, bislang fiel er jedenfalls er durch philosemitische Aussprüche auf.

Michel Houellebecq legt sich in Interviews ungern auf eine bestimmte gesellschaftliche Position fest, sondern redet sich bei Nachfragen gern darauf hinaus, doch nur ein Autor zu sein. Ein Schriftsteller, der zwar die Polemiken nicht suche, ihnen allerdings „auch nicht angestrengt ausweiche“, wie er in einem Fernsehgespräch erklärte.

Aber manchmal drückt er doch deutlichere Positionen aus. Bei seinem Auftritt in den Abendnachrichten des Fernsehsenders France 2 vom 6. Januar 2015 widerspricht Houllebecq in seinen Schlussworten, als er zur Pointe kommt, dem für einen „weltoffenen Islam“ eintretenden Islamforscher Malek Chebel, der Houellebecq vorgeworfen, dem Publikum ein „Angstgemälde“ vorzusetzen und seine furchtgenährten Fantasmen zu schüren: „„Ich finde überhaupt nicht, dass es sich bei dem in meinem Buch um einen radikalen Islam handelt, es handelt sich im Gegenteil um eine der sanftesten Varianten, die man sich vorstellen kann.“ Ich finde nicht, dass es sich dabei um einen Islam handelt, der Angst macht. Nein, da bin ich nicht mit Malek Chebel einverstanden.“

Aber er dementiert auch, dass es ihm etwa darum gehe, über „Überfremdung“ und die Zusammensetzung der französischen Wohnbevölkerung zu schreiben – also über das, was Rechte aller Schattierungen umtreibt, wenn sie die Chiffre „Islamisierung“ sagen und die angebliche fremdländische „Überflutung“ ihres Landes meinen. Houllebecq vertritt jedenfalls die Auffassung, dies sei nicht sein Thema, weder vom einen noch vom anderen Standpunkt aus.

Im L’Obs – dem soeben frisch umbenannten Wochenmagazin, das früher Le Nouvel Observateur hieß -, wo Houllebecqs Interview vom 5. Januar 2015 unter dem Titel „Die Republik ist tot“ erschien, führt er dazu jedenfalls aus: „Es ist in meinem Buch quasi überhaupt nicht von Einwanderung die Rede. Die Einwanderung ist ein leichter Beschleuniger, aber die Islamisierung kommt aus dem Inneren. Marine Le Pen kann die Einwanderung aufhalten, doch sie kann nicht die Islamisierung aufhalten: Das ist ein spiritueller Prozess, ein Paradigmenwechsel, eine Rückkehr des Religiösen. Also, ich glaube nicht an diese These vom ‚Bevölkerungsaustausch'“ – eine Anspielung Houellebecqs auf das Verschwörungstheorem des rassistischen Schriftstellers Renaud Camus, der unter dem Titel Le Grand remplacement wiederholt von einem bewussten Plan zum Austausch von einheimischen durch fremdstämmige Bevölkerungsgruppen sprach und von verschiedenen rechten Strömungen aufgegriffen wird. Houellebecq fährt fort: „Es ist keine Frage der rassischen Zusammensetzung der Bevölkerung, sondern es geht um die Frage ihres Wertesystems und ihrer Glaubensvorstellungen.“

Houellebecqs Kernthema, das ist nämlich die „Wiederkehr des Religiösen“, die er in mehreren Interviews als allgemeinmenschliches Bedürfnis im Zusammenhang mit der Sinnsuche bezeichnet. Houllebecq hatte bislang allgemein als Atheist gegolten und sich als solcher ausgewiesen, doch ein Atheist, der zugleich ein Unbehagen an der Sinnentleertheit der westlichen, liberalen, individualistischen Gesellschaftsordnung verspürt. Dieses brachte er in mehreren seiner Bücher zum Ausdruck.

In seinem ausführlichen Interview für das konservativ-reaktionäre Wochenendmagazin Le Figaro Magazine (Fig Mag), das dort am 9. Januar 2015 unter dem Titel „Es ist das Abendland, das Selbstmord begeht!“ publiziert wurde, macht Houellebecq etwa einige Ausführungen dazu. Dort führt er etwa aus: „Nicht nur der Islam prosperiert. Auch dem Katholizismus geht es nicht so schlecht. Die Bewegung gegen die Homosexuellenehe (in Frankreich) war sehr beeindruckend, und eine authentische Generationenbewegung.“ Und an anderer Stelle: „Die Wiederkehr der religiösen Tatsache (du fait religieux) ist eine weltweite Bewegung, ein Tiefenphänomen. Der Atheismus ist zu traurig. Ich glaube, dass wir in diesem Moment dem Ende einer historischen Bewegung beiwohnen, die am Ausgang des Mittelalters begonnen hat. Die einzige Theorie, die im Augenblick als echter Verlierer dasteht, das ist diejenige Ideologie, die mit dem Protestantismus begonnen hat, ihren Höhepunkt im Jahrhundert der Aufklärung und zur (Französischen) Revolution führte, und die auf die Autonomie des Menschen und die Macht der Vernunft gegründet ist. Das ist eine Ideologie, die schlecht aufgestellt ist; ich habe sie übrigens in meinem Roman nicht zu Wort kommen lassen.“

Und im L‘Obs ergänzt er, betreffend die von ihm ausgemachte Strömung über Protestantismus, Aufklärung und bürgerliche Revolution: „All dies wird nur eine paranthèse“ – wörtlich „eine Klammer“, also ein abgeschlossener Abschnitt – „in der Geschichte gewesen sein“.

Rassistische Tiraden im Sinne etwa des Bloc identitaire sind das nun nicht. Beruhigend ist diese Vorstellung Michel Houellebecqs jedoch ebenfalls nicht.

Hohe Ambivalenz

Doch Houellebecq wäre nicht Houellebecq, würde man ihn auf diese Aussage als gesellschaftliche Stellungnahme festnageln können. Denn die Pariser Abendzeitung Le Monde zitiert ihn wiederum mit Aussprüchen, die anlässlich seines Kölner Auftritts vom 19. Januar d.J. (im Rahmen der Literaturmesse LitCologne, vor einem seit Tagen ausverkauften Saal im „Depot1“ mit 600 Menschen) aufgeschnappt wurden

Demnach äußerte Houellebecq, die Idee sei „verlockend“, dass – wie die „identitären“ Kräfte behaupteten – „in letzter Instanz die Biologie entscheidender sei als die ideologische Ebene.“ Also letztlich eben doch, was er in einem oben angeführten Interview selbst als „die rassische Zusammensetzung“ der Gesellschaft bezeichnete. Und am selben Ort erklärte Houellebecq auch, er habe zwar „kein islamophobes Buch“ verfasst, als solches möge man seinen Roman nicht auffassen – aber wer ein solches Buch schreiben möge, habe „alles Recht dazu“, behauptete er unter Berufung auf die freie Meinungsäußerung.

Aber ist dies nun Houellebecq letztes Wort, drückt dies letztlich seine gesellschaftliche oder (indirekt) politische Haltung aus? Wir wissen es nicht, es muss vorläufig dahingestellt bleiben. Aber weiß Houellebecq es selbst, oder experimentiert er einfach nur mit unterschiedlichen rechten Posen, ohne in jeder von ihnen voll aufzugehen? Im Augenblick wird dies noch ein Rätsel bleiben müssen.

Bernard Schmid, Paris ■

Blockade gegen drohende Kettenabschiebung

GIEßEN. Als die Polizei am Mittwochmorgen zur Abschiebung eines eritreischen Asylsuchenden anrückte, standen rund 50 Bürgerinnen und Bürger vor dem Wohnhaus in Gießen. Der Eingang war blockiert, die Beamten drehten wieder ab. Der 27jährige Flüchtling hätte auf der Grundlage von Dublin III nach Norwegen abgeschoben werden sollen. In Norwegen droht eritreischen Flüchtlingen trotz der desaströsen Menschenrechtslage in Eritrea die Abschiebung ins Herkunftsland. Der norwegische Staat will mit der brutalen Militärdiktatur dafür eigens ein Rücknahmeabkommen schließen.

Die Blockade-Aktion in Gießen hat den Asylsuchenden vorerst vor der Abschiebung in die Ungewissheit bewahrt. Doch das zuständige Regierungspräsidium hält an der Abschiebung nach Norwegen fest. Bei unveränderter Rechtslage solle es einen neuen Abschiebeversuch geben. Bleibt zu hoffen, dass auch dieser verhindert werden kann: Eine „Dublin-Überstellung“, die für einen Flüchtling bedeuten kann, einem Folterregime ausgeliefert zu werden, ist nicht zu rechtfertigen.

Quelle: Förderverein Pro Asyl – https://www.wir-treten-ein.de/aktionen/blockade-gegen-drohende-kettenabschiebung 20.01.2015 ■

Sammelabschiebung

Protestkundgebung in Freiburg

Trotz anderslautender mündlicher Aussagen aus dem Innenministerium von Baden-Württemberg („es gibt keine Sammelabschiebungen bis Mitte März“) wurden am 20. Januar 140 Personen ab Baden-Airpark nach Serbien und Mazedonien abgeschoben. Unter den Abgeschobenen befindet sich auch die Familie Ametovic aus Freiburg, für deren Bleiberecht sich das Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung intensiv einsetzte. Das Forum ist „erschüttert über das eiskalte Vorgehen der Behörden.“ Das Landesinnenministerium forciert den Vollzug des sog. „Asylkompromisses“ und gibt dabei vor, Einzelfallprüfungen und eine „humane Abschiebungspraxis“ zu betreiben.

Um der Wut über diese Abschiebung Ausdruck zu verleihen und die Solidarität mit den abgeschobenen und von Abschiebungen bedrohten Menschen zu bekunden, rief das Bündnis zu einer Kundgebung am 21. Januar am Rathausplatz in Freiburg auf. Zwischenzeitlich hat diese Sammelabschiebung zu einem Krach in der grünroten Koalition geführt. Die Grünen kritisierten die Abschiebung der Freiburger Familie und fordern die Offenlegung der Kriterien, nach denen das Innenministerium (angeblich) im Einzelfall auf mögliche Abschiebungshindernisse prüft. Das Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung und die Aktion Bleiberecht Freiburg starteten am 26. Januar eine Petition für ein Wiedereinreise- und Bleiberecht für die Familie Ametovic aus Freiburg.

Quelle: http://fluechtlingsrat-bw.de 21.01.2015 ■

Hunderte Tote vor Lampedusa

PRO ASYL fordert sofortigen EU-Seenotrettungsdienst – EU-Operation Triton: Eine Sterbebeobachtungsoperation

Mit Trauer und Empörung reagiert PRO ASYL auf das Sterben von Bootsflüchtlingen vor Lampedusa. Nach Angaben des UNHCR sind heute möglicherweise hunderte Schutzsuchende gestorben.

„Europa muss umgehend einen zivilen europäischen Seenotrettungsdienst einrichten“, fordert Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. „Deutschland darf nicht wegsehen, es braucht Schiffe, Technik und Personal. Hieran muss sich die Bundesrepublik ernsthaft beteiligen.“ Bislang stellt Deutschland nur einen Hubschrauber zur Überwachung der Grenzen, kein einziges Schiff wurde entsendet. PRO ASYL appelliert an Innenminister de Maizière, seine hartherzige Haltung endlich aufzugeben und für den Aufbau einer europäischen Seenotrettung einzutreten.

Seit Beendigung der italienischen Rettungsoperation „Mare Nostrum“, die zehntausende Menschen rettete, kritisiert PRO ASYL, dass die europäische Folgeoperation Triton keine Seenotrettungsoperation ist, sondern der Grenzüberwachung dient. Besonders dramatisch: Der drastisch reduzierte Einsatzradius und die geringere Mittelausstattung. Triton erweist sich zunehmend als Sterbebeobachtungsoperation.

Triton patroulliert in der Regel nur bis etwa 30 Seemeilen vor der italienischen Küste und vor Lampedusa. Mare Nostrum ist demgegenüber in der Vergangenheit bis nahe an die libysche Küste herangefahren, die knapp 160 Seemeilen von Lampedusa entfernt ist. Nun scheint sich zu bestätigen: Noch mehr Tote sind die absehbare Folge. Die Länder Europas dürfen nicht länger zusehen, wie Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten vor verschlossenen Grenzen stehen und dann verzweifelt versuchen, ihr Leben zu retten und dabei elend zugrunde gehen.

Quelle Presseerklärung Pro Asyl 11. Februar 2015 ■

Armut bekämpfen, nicht Flüchtlinge

„Statt gegen Menschen zu hetzen, die aus bitterer Armut fliehen, sollten Deutschland und die EU endlich zu ihrer Verantwortung für die europäische Katastrophe im Kosovo stehen“, kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die Debatte über Maßnahmen gegen Asylsuchende aus dem Kosovo. Jelpke weiter:

„Es war die Inthronisierung einer mit Terroristen und Kriminellen durchsetzten Elite im Kosovo nach dem völkerrechtswidrigen Angriff auf Jugoslawien, die das Land in den Ruin getrieben hat. Ein wirklicher Wiederaufbau fand unter Aufsicht der UN-Verwaltung nicht statt. Hilfsgelder versickerten in dunklen Kanälen. In der Konsequenz entstand ein nicht lebensfähiges Gebilde, aus dem zunächst vor allem Angehörige von Minderheiten vor Armut und Diskriminierung flohen. Nun kommen auch Angehörige der albanischen Mehrheit, weil sie vor Ort keine Perspektive mehr für sich sehen. Sie werden sich weder von neuen Grenzzäunen noch von Verschärfungen im Asylverfahren abhalten lassen, solange Europa ihnen nicht ein Mindestmaß an Wohlfahrt und Zukunftsaussichten im Kosovo bietet.

Eine Einstufung des Kosovo als sicheres Herkunftsland wird voraussichtlich genauso wenig einen Effekt haben wie im Fall Serbiens, Mazedoniens und Bosnien-Herzegowinas. Die Zahl der Asylsuchenden aus diesen Ländern ist auf ähnlichem Niveau stabil geblieben. Zudem werden schon jetzt 90 Prozent der Asylanträge von Flüchtlingen aus dem Kosovo als offensichtlich unbegründet eingestuft, so dass die Betroffenen Deutschland unverzüglich wieder verlassen müssen. Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen sollten darauf verzichten, mit populistischen Forderungen Handlungsfähigkeit zu suggerieren und erneut Öl ins Feuer der gerade erlöschenden Pegida-Bewegung und ihrer Ableger zu gießen.“

11. Februar 2015, Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin

Flüchtlingszahlen kein Grund zur Panikmache

„Die nun abgefragten Daten belegen, dass die Bundesrepublik mit der Zahl der aufgenommen Flüchtlinge keineswegs überfordert ist“ erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zur Zahl der Flüchtlinge in Deutschland (Drucksache 18/3714). Jelpke weiter:

„Die Zahl der in Deutschland lebenden Flüchtlinge beläuft sich auf insgesamt 338 000, fast die Hälfte lebt seit mehr als sechs Jahren hier. Hinzu kommen aktuell 291 000 Asylsuchende und Geduldete. Das ist nicht einmal ein Prozent der Bevölkerung, und weitaus weniger als z.B. vor 17 Jahren, als es noch über 1 Mio.

Menschen waren. Von einer Überlastung der Bundesrepublik kann also überhaupt keine Rede sein.

Zugleich steigt die Zahl der Menschen, deren Aufenthalt seit mehr als 10, 12 oder sogar 15 Jahren nur geduldet wird. Über 11 000 Menschen leben seit mehr als 15 Jahren ohne jede Perspektive auf einen regulären Aufenthaltstitel und damit eingeschränkten sozialen Rechten in Deutschland. Das ist erschreckend. Es zeigt das Versagen der bisherigen Bleiberechtsregelungen. Hier muss endlich eine wirklich großzügige Lösung gefunden werden. Das übliche bürokratische Klein-Klein ist angesichts solcher Aufenthaltsdauern und der überschaubaren Anzahl der Betroffenen einfach unerträglich.

Die Gerüchte über eine halbe Million abgelehnter Asylbewerber, die sich geduldet weiter in Deutschland aufhalten, sind eindeutig widerlegt. Die Zahl stimmt, aber mehr als die Hälfte hat einen unbefristeten Aufenthaltstitel, lediglich 15 Prozent sind geduldet. Zudem sind die Betroffenen über einen Zeitraum von 34 Jahren eingewandert. Diese Daten eignen sich nicht, um damit Stimmung für eine rücksichtslose Abschiebungspolitik zu machen."

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 12.02.2015 ■

Neuer Spitzenwert bei Asylanerkennungen

„Nimmt man nur die inhaltlich entschiedenen Asylanträge zur Grundlage, dann hat die Anerkennungsquote im Januar 2015 mit 63,2 Prozent einen neuen Höchststand erreicht. Darauf sollte das Bundesinnenministerium einmal hinweisen, statt die Asylzahlen für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren", fordert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, hinsichtlich der vom Bundesinnenministerium vorgelegten Zahlen zur Asylstatistik für Januar 2015. Das BMI hatte herausgestellt, dass die Zahl der Anträge von Asylsuchenden aus dem Kosovo und aus Albanien stark gestiegen sei. Jelpke weiter:

„Beachtlich ist die hohe Anerkennungsquote vor allem vor dem Hintergrund, dass die Asylanträge von Antragstellern aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina wegen der Einstufung dieser Länder als sichere Herkunftsstaaten nun durchweg als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden. Von dieser Einstufung hatte sich die Bundesregierung eine wesentliche Entlastung des Asylsystems versprochen. Die ist aber nicht eingetreten, wie sich nun zeigt: Fast 180 000 Menschen warten derzeit auf eine Entscheidung über ihren Asylantrag. Für diese Menschen muss zügig eine Perspektive geschaffen werden. DIE LINKE fordert dazu in einem aktuellen Antrag an den Bundestag (BT-Drs. 18/3839), eine Altfallregelung zu schaffen, die überlange Verfahren beendet und den Menschen eine klare Perspektive bietet."

Berlin, den 9. Februar 2015
Ulla Jelpke, MdB

Kein Fall für das Jobcenter

„In Deutschland gehen immer mehr Menschen aus Rumänien und Bulgarien einer regulären, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach." Das berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. Grund sei die seit dem 01. Januar 2014 auch für Rumänien und Bulgarien geltende volle EU-Freizügigkeit.

Die Beschäftigungsquote in dieser Gruppe ist bis Oktober 2014 gegenüber dem Jahresende 2013 um 19 Prozent gestiegen, die Arbeitslosenquote um 2,2 Prozent gesunken. Es gebe keinerlei Hinweise darauf, dass „Sozialbetrug" unter der Bevölkerung aus Bulgarien und Rumänien stark verbreitet sei, so das IAB. Forschungsleiter Herbert Brücker kritisierte, dass die Anfang des Jahres geführte Debatte über eine vermeintliche Armutsmigration auf falschen Anschuldigungen beruhe. Auch die damals in Umlauf gebrachte Zahl, dass 2014 mit rund 180 000 neuen Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien zu rechnen sei, habe sich als falsch erwiesen. Ende November lag die tatsächliche Zahl bei 119 838 Personen, sagte Brücker. Noch nicht abgezogen seien dabei diejenigen, die aus Deutschland wieder in ihre Heimatländer zurückgezogen sind. 2015 rechnet Brücker mit bis zu 150 000 Einwanderern aus Rumänien und Bulgarien.

Am häufigsten seien sie im Dienstleistungssektor, im Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Landwirtschaft, im Baugewerbe und im Gesundheitssektor tätig. Zu den regulär Beschäftigten kämen Selbstständige und Saisonarbeiter hinzu. Insgesamt schätzt das IAB, dass die Erwerbsquote von rumänischen und bulgarischen Arbeitnehmenden in Deutschland zwischen 70 und 75 % liegen dürfte. In Deutschland insgesamt lag die Beschäftigungsquote im Oktober 2014 bei knapp 67 %. Die volle EU-Freizügigkeit ebne vielen in Deutschland beschäftigten Menschen aus diesen Ländern einen Weg der Scheinselbstständigkeit, sagte Brücker. Das Lohngefälle gegenüber deutschen Arbeitnehmenden sei jedoch sehr hoch. Der monatliche Bruttolohn deutscher Arbeitnehmer liege bei 2995 E, in Deutschland beschäftigte bulgarische Arbeitnehmer verdienen im Schnitt 1.888 E, rumänische Arbeitnehmer 1882 E. Auch würden Zuwanderer aus Südosteuropa oft unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt.

Quelle: Publikation „Forum Migration Februar 2015" ■

Verdoppelung der Gewalt gegen Migranten und Flüchtlingsunterkünfte

Verglichen mit der Zeit vor Pegida, haben sich Übergriffe auf Migranten und Flüchtlinge mehr als verdoppelt. Das ergibt eine Sonderauswertung von „Report Mainz". Es gibt Warnungen, Pegida enthalte eine klare Botschaft: „Das ist unsere Stunde. Jetzt ist Attentatszeit."

Seit Beginn der Pegida-Demonstrationen im Oktober 2014 hat sich bundesweit die Gewalt gegen Flüchtlinge, Migranten und deren Unterkünfte mehr als verdoppelt. Das hat eine umfangreiche Recherche des ARD-Politikmagazins Report Mainz ergeben. Systematisch ausgewertet wurden Agenturen, Zeitungs-, Hörfunk- und Fernsehberichte, Pressemitteilungen der Polizei, sowie Chroniken der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA).

Verglichen wurde das letzte Vierteljahr mit dem Drei-Monatszeitraum davor. Während es in den drei Monaten vor Pegida laut Zählung von Report Mainz bundesweit 33 Übergriffe auf Migranten und Flüchtlinge gab, hat sich seit Beginn der Pegida-Demonstrationen die Zahl mit 76 Übergriffen mehr als verdoppelt. Das entspricht einer Zunahme von 130 Prozent. Das bedeutet, dass es nun mehr fast täglich zu Übergriffen kommt. Vor den Pegida-Demonstrationen geschahen Übergriffe nur jeden dritten Tag. Solche Veränderungen gibt es für die vergleichbaren Zeiträume (Sommer- versus Wintervierteljahr) weder in 2013 noch in 2012.

Der Rechtsextremismus-Forscher Prof. Hajo Funke: „Pegida hat ein Klima entfesselt, das Gewalt gegen Migranten, vor allem aber Muslime will. Die Erhöhung um über 100 Prozent an Gewalt gegen Schwächere ist beschämend für die Republik, für uns alle." Er sieht Parallelen zu den verheerenden Anschlägen auf Asylunterkünfte Anfang der 90iger Jahre: „Es ist ein Stück der Interaktion zwischen dieser Stimmung, die entwickelt und mobilisiert wurde, und den Rechtsextremen, die gesagt haben: ‚Das ist unsere Stunde. Jetzt ist Attentatszeit.' Also, das ist eine Warnung an uns alle.", sagte Funke außerdem im Interview.

Auch aus anderen Statistiken ergibt sich ein ähnliches Bild. Die vom Bundeskriminalamt geführte sogenannte „Politisch Motivierte Kriminalität – rechts" (PMK – rechts) erreichte im November 2014 einen Höchststand: 63 Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund wurden erfasst. In den Monaten davor waren es durchschnittlich 38. Das entspricht einem Plus von 66 Prozent. Das geht aus den Antworten der Bundesregierung auf monatliche Anfragen der Partei Die Linke hervor.

Auch die Opferberatungsstelle Sachsens, finanziert von Land und Bund, hat

Tod im Mittelmeer – 369 Menschen verloren ihr Leben

Spendenaufruf für die Identifizierung der Opfer des 3. Oktober 2013

Viele Angehörige hatten keine Möglichkeit, die Opfer zu identifizieren und leben weiterhin in Ungewissheit. borderline-europe und „Tod im Mittelmeer 2009 e.V“ bitten Sie um Ihre Mithilfe!

Am 3. Oktober 2013 starben 369 Flüchtlinge nur wenige 100 Meter entfernt von der Küste Lampedusas. Bis heute ist nicht geklärt, wieso nicht mehr Menschen gerettet werden konnten.

Wir erinnern uns an die Bilder einer langen Reihe von Särgen, an die Ankunft der Leichen in Sizilien und daran, dass die Überlebenden nicht einmal von ihnen Abschied nehmen durfte, weil man ihnen nicht gestattete, dabei zu sein.

Heute sind die Toten auf vielen verschiedenen Friedhöfen Siziliens bestattet. Kein Stein liegt auf dem Grab, der an sie erinnert, niemand weiß, wer sie sind, man hat ihnen nur Nummern gegeben. Mehr als ein Jahr ist vergangen. Flüchtlingsgruppen und –vereine haben gemeinsam mit den Verwandten dafür gekämpft, dass überhaupt eine Identifizierung der Opfer stattfindet. Auf Lampedusa wurden Fotografien der Toten und der Objekte, die sie bei sich trugen, gemacht sowie Gewebeproben entnommen. Es bestehen also gute Möglichkeiten, die Opfer zu identifizieren. Doch erst Ende Juli 2014 hat die italienische Regierung eingelenkt und die Möglichkeit geschaffen, dass Verwandte nach Italien reisen und mit den Behörden eine Identifizierung vornehmen können. Gemeinsam werden Fotos studiert, Unterlagen geprüft, ggf. eine DNA- Probe genommen, um wirklich sicher zu sein. Bis heute konnten jedoch nur wenige Leichen identifiziert werden.

Viele Verwandte würden sehr gern nach Mailand fahren, wo die Identifizierungen gemeinsam mit einem Analyseinstitut, der Universität Mailand und dem italienischen Innenministerium vorgenommen werden. Doch sehr viele von ihnen haben direkt nach der Katastrophe durch Reisen nach Italien all ihre Mittel verbraucht, Reisen, die zu nichts geführt haben, da man sie nicht informiert, ihnen nicht geholfen , sondern sie in ihrer verzweifelten Trauer allein gelassen hat. Nun hätten sie die Möglichkeit einer gut organisierten Identifizierung mit psychologischer Betreuung in Mailand, jedoch nicht die finanziellen Mittel.

borderline-europe und „Tod im Mittelmeer 2009 e.V.“ bitten SIE, den eritreischen Verwandten in Europa eine Reise nach Mailand zu ermöglichen, um endlich Gewissheit über den Tod ihrer vermissten Lieben zu erlangen!

Wie kommen die Angehörigen in Kontakt mit den italienischen Behörden?

Gemeinsam mit dem Verein „Tod im Mittelmeer 2009 e.V“ (http://tod-im-mittelmeer.info/) stellen wir die Listen derer zusammen, die immer noch in Ungewissheit über den Verbleib ihrer Angehörigen leben. Derzeit haben wir ca. 20 Personen auf der Liste “Europa”. Diese Listen übergeben wir dem italienischen Innenministerium, das dann die Verwandten kontaktet und einen Termin mit ihnen für die Gespräche und die DNA-Proben in Mailand macht. Jede/r Angehörige muss angeben, wen er/sie sucht und möglichst viele “Beweisstücke” (Fotos, Röntgenaufnahmen, Zahnarzt-Angaben, persönliche Dinge) mitbringen. Auch in vielen anderen Ländern der Welt und natürlich in Eritrea selber, wo die meisten Flüchtlinge herkamen, leben viele Familien, die gern eine Sicherheit über den Verbleib ihrer Angehörigen hätten.

Was wird gebraucht:

borderline-europe und „Tod im Mittelmeer 2009 e.V“ sammeln Spenden, um den Verwandten eine Reise nach Mailand zu ermöglichen (Reise- und Unterbringungskosten für zwei Nächte), die an den Identifizierungen teilnehmen möchten.

Die Spenden werden nach folgenden Kriterien aufgeteilt:

- ❏ Angehörige, die über keinerlei Mittel verfügen, nach Italien zu reisen
- ❏ Angehörige, die schon mehrfach in Italien waren, all ihre Mittel dafür ausgegeben haben, aber aufgrund der völligen Unorganisiertheit der italienischen Behörden nichts erreichen konnten
- ❏ Alle weiteren Verwandten aus europäischen Staaten
- ❏ Verwandte aus außereuropäischen Ländern, die die Flugkosten selber tragen, jedoch Unterstützung bei der Unterkunft brauchen

Sollte es gelingen, wenigstens den in Europa lebenden Verwandten diese Möglichkeit zur Identifizierung zu geben könnte auch ein politischer Druck erzeugt werden, um Verwandte, aus anderen Staaten und Eritrea selber diese Möglichkeit zu geben.

SPENDENKONTO:

Initiative Verein gegen „Tod im Mittelmeer 2009 e.V“. - Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge
Sparkasse Köln-Bonn, BLZ 37050198 - Konto-Nr. 1931903858
IBAN: DE79 37050198 1931903858
BIC: COLSDE 33
borderline-europe und „Tod im Mittelmeer 2009 e.V“ verbürgen sich für die richtige Verwendung der Spenden und werden Reisekostenbelege und Unterkunftsbelege verwalten. Bitte sehen Sie davon ab, Namen der Familien zu erfragen. Eritrea ist ein diktatorisches geführtes Land, wir werden die Betroffenen schützen und ihre Identität nicht preisgeben.



---

mehr Vorfälle mit Migranten seit Pegida registriert: „In Dresden fällt natürlich auf, das wir zumindest seit Oktober, was rassistisch motivierte Angriffe anbelangt, schon einen massiven Anstieg festgestellt haben.“, sagte Robert Kusche, der Geschäftsführer der Opferberatung im ARD-Interview.

(swr/mig)
Quelle: http://www.migazin.de 28.01.2015 ■

Sofortiges Ende der Kampagne gegen Balkan-Flüchtlinge!

Ganz undiplomatisch und mit skandalöser Wortwahl unterfüttert die deutsche Botschaft in Pristina in einem Schreiben vom 3. Februar eine Kampagne der CSU gegen Flüchtlinge vom Balkan. Unter der Überschrift „Können wir die Lawine aufhalten?“ schreiben die Diplomaten: „Erst wenn eine größere Anzahl von Kosovaren medienwirksam per Sammel-Charterflieger zurückkehrt, deren Verfahren innerhalb weniger Wochen in Deutschland abgeschlossen wurden, spricht sich herum, dass sich illegale Einwanderung nach Deutschland nicht rechnet.“

Eine Lawine ist gemeinhin eine Naturkatastrophe, eine tödliche Gefahr, die über Menschen hereinbricht. Die Metaphorik erzeugt Angst und versetzt die Menschen in Panik. Je dramatischer das gewählte Bild, so offenbar das Kalkül, desto größer die Bereitschaft, mit Flüchtlingen „kurzen Prozess“ zu machen. Dass

Gemeinsam für Afrika fordert Umdenken in Flüchtlingspolitik

Wichtig sind Schaffung eines menschenwürdigen Lebens in den Herkunftsländern sowie – als erster Schritt – eine gemeinsame europäische Mission zur Seenotrettung.

BERLIN, 13.2.2015 – Angesichts der weiteren Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer, bei der offenbar über 330 Menschen ums Leben gekommen sind, appelliert das Kampagnenbündnis Gemeinsam für Afrika erneut für ein Umdenken in der deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik. Die Abschottung und Verriegelung der Grenzen verletzen massiv die Menschenrechte. „Es ist eine Schande, wenn Menschen auf der Flucht sterben! Niemand verlässt seine Familie, seine Freunde und seine Heimat ohne triftige Gründe. Fast immer sind Menschenrechtsverletzungen die Ursache der Flucht.“, betont Susanne Anger, Sprecherin von Gemeinsam für Afrika. Sie fordert: „Wir dürfen Menschen, die diesen Schritt wagen, nicht im Stich lassen. Jeder Mensch hat das Recht auf Auswanderung und Asyl, wenn er aus politischen, religiösen oder sonstigen Gründen verfolgt wird. Eine gemeinsame europäische Mission zur Seenotrettung wäre der erste Schritt in die richtige Richtung.“

Mehr als 400 Menschen in vier Schlauchbooten sind diese Woche auf dem Weg von Libyen nach Italien in Seenot geraten. Die meisten von ihnen werden noch vermisst, 29 Menschen sind am Montag erfroren. Die Geflüchteten stammten aus Ländern Afrikas südlich der Sahara.

Um weitere Bootsunglücke zu verhindern, muss dringend eine gemeinsame europäische Mission zur Seenotrettung gegründet werden, nachdem im Oktober 2014 die italienische Seenotrettungsaktion „Mare Nostrum“ beendet wurde. Die momentan laufende europäische „Triton-Mission“, ausgeführt von Frontex, konzentriert sich vor allem auf den Grenzschutz und ist unzureichend ausgestattet.

Da Flüchtlingen aus afrikanischen Ländern eine legale Einreise nach Europa meist nicht möglich ist, bleibt ihnen oft nur der gefährliche Weg über das Mittelmeer. 2014 wagten laut Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) mindestens 218 000 Flüchtlinge und Migranten die Überfahrt, mehr als 3400 Menschen kamen dabei ums Leben. Seit dem Jahr 2000 sind laut einer Erhebung der Internationalen Organisation für Migration (IOM) mehr als 22 000 Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa umgekommen, die meisten von ihnen auf dem Mittelmeer.

Gemeinsam für Afrika fordert, die Ursachen von Flucht ernst zu nehmen und tragfähige Lösungen zu suchen. Um Perspektiven für die Menschen zu schaffen, müssen die Menschenrechte geachtet, langfristig wirksame Entwicklungszusammenarbeit ausgebaut und unfaire Handelsstrukturen beseitigt werden. Das Bündnis Gemeinsam für Afrika macht mit Kampagnenarbeit auf die Ursachen von Flucht aufmerksam und fordert mehr Solidarität gegenüber Flüchtlingen.

Entwicklungszusammenarbeit, wie sie von den Hilfsorganisationen von Gemeinsam für Afrika Tag für Tag in tausenden Projekten geleistet wird, bekämpft Armut und lindert Not, um so zu wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen beizutragen, in denen Flucht nicht notwendig wird. Mit der konkreten Hilfe vor Ort tragen die Organisationen dazu bei, dass die Menschen in ihrem Heimatland Chancen erhalten und diese positiv für sich und ihre Gesellschaft nutzen können.

Pressemitteilung Gemeinsam für Afrika ■

Gemeinsam für Afrika ist ein Bündnis von über 20 Hilfsorganisationen, das der deutschen Öffentlichkeit ein neues und differenziertes Bild von Afrika vermitteln möchte und mit seiner Schulkampagne Schulen – Gemeinsam für Afrika die Auseinandersetzung von Schülerinnen und Schülern mit der Vielfalt und den Chancen Afrikas fördert. Schirmherr der Kampagne ist Bundespräsident Joachim Gauck. Mehr Informationen dazu finden Sie unter www.gemeinsam-fuer-afrika.de.

ein Diplomat sich auf solche Weise in die Innenpolitik einmischt und das politische Klima in Deutschland vergiftet, ist ungeheuerlich – und widerspricht den Fakten: 3630 Flüchtlinge aus dem Kosovo haben im Januar 2015 einen Asylantrag gestellt – das waren 15% aller Asylanträge, rund 3% aller Zugewanderten. Eine „Lawine“?

Nur 1,1% aller Flüchtlinge aus dem Kosovo wurde im Januar 2015 in Deutschland Schutz gewährt. Angesichts der Tatsache, dass die Schutzquote für diese Flüchtlinge in anderen europäischen Staaten um ein Vielfaches höher liegt (siehe http://www.nds-fluerat.org/15063/aktuelles/roma-niedrige-anerkennungs-quoten-folge-politischer-vorgaben/), liegt die Frage nahe, ob es in Deutschland im Umgang mit den Balkan-Flüchtlingen eine besonders restriktive Praxis gibt. Aber selbst bei einer Anerkennungsquote von 1,1% heißt das, dass 40 Flüchtlingen aus dem Kosovo im Januar in individuellen Verfahren ein Schutzanspruch zugebilligt wurde. Schon aus diesem Grund verbietet sich ein „kurzer Prozess“. Der Kosovo ist kein „sicheres Herkunftsland“!

Die Zahl der Flüchtlinge aus dem Kosovo und anderen Balkan-Staaten steigt, weil das Land verarmt und die Konflikte zunehmen. Erst jüngst ist es in Pristina wieder zu neuen schweren Konflikten zwischen Albanern und Serben gekommen. Auf der Strecke bleiben vor allem Angehörige der Roma, Ashkali und Kosovo-Ägypter. Die ehemalige serbische Provinz Kosovo gehört mit ihren 1,8 Millionen Einwohnern zu den ärmsten Ländern Europas. Ein Drittel der Erwerbsfähigen ist arbeitslos, Korruption allgegenwärtig. Menschenrechtsorganisationen sind sich in der Einschätzung einig, dass die extreme Ausgrenzung, gepaart mit gesellschaftlicher Ächtung und Diskriminierung, durchaus den Charakter einer (kumulativen) politischen Verfolgung annehmen kann. Die europäische Politik ist gefordert, für die Menschen im Kosovo und den anderen Balkanstaaten endlich menschenwürdige Lebensperspektiven zu schaffen, statt diejenigen als „Wirtschaftflüchtlinge“ zu verunglimpfen, die vor Armut, Hunger und Diskriminierung nach Mitteleuropa fliehen.

gez. Kai Weber
Quelle: Flüchtlingrat Niedersachsen 10.02.2015 ■

Scharia-Kirchenasyl-Vergleich: Kritik an Innenminister

Der Streit um das Kirchenasyl ebbt nicht ab. Im Gegenteil, er bekommt immer neue Facetten: nun sorgt der Scharia-Kirchenasyl-Vergleich von Bundesinnenminister de Maiziere für Aufregung. Kirche und Grüne weisen diesen Vergleich zurück.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) erntet mit seiner umstrittenen Haltung zum Kirchenasyl weiter heftigen

Widerspruch. Der hessen-nassauische evangelische Kirchenpräsident Volker Jung bezeichnete dessen Äußerungen als „völlig unangemessen“. Spitzenvertreter der Grünen sprachen von einem Affront gegenüber Asylsuchenden und engagierten Menschen in Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen. Der sächsische Landesbischof Jochen Bohl sagte, Kirchenasyl sei keine rechtliche, sondern eine menschliche Kategorie.

De Maizière hatte jüngst erklärt, er lehne das Kirchenasyl „prinzipiell und fundamental“ ab. Am Sonntag bekräftigte er seine Einschätzung, angesichts staatlicher Regeln könne sich eine Institution nicht über das Recht setzen. Der Innenminister verglich das Kirchenasyl zudem mit der Scharia. Diese dürfe als „eine Art Gesetz für Muslime“ auch nicht über deutschen Gesetzen stehen. Ein Sprecher der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hatte den Vergleich am Montag als abwegig bezeichnet.

Kirche gegen Neuregelung

Hintergrund der Auseinandersetzung ist die steigende Zahl der Kirchenasyle in Deutschland. Nach Angaben der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“ gibt es gegenwärtig 200 Fälle mit mindestens 359 Personen, darunter 109 Kinder. Beim Kirchenasyl handelt es sich um eine zeitlich befristete Aufnahme von Flüchtlingen ohne legalen Aufenthaltsstatus. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge will die Bedingungen für die Betroffenen verschärfen. Sie sollen für „flüchtig“ erklärt werden, obwohl ihr Aufenthaltsort bekannt ist. Die Kirchen lehnen die geplanten Neuregelungen ab.

Jung sagte der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, offenbar gehe es de Maizière vor allem darum, beim Thema Einwanderung „Härte zu signalisieren“. Die Kirchen beanspruchten weder ein eigenes Recht noch wollten sie aus staatlichen Verfahren ausscheren. Die Fälle würden vielmehr den Behörden gemeldet und die Flüchtlinge auch nicht versteckt. Es gehe um ein Moratorium bei Asylverfahren, wenn „menschenrechtliche Bedenken“ vorlägen, sagte der Theologe.

Die Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“ hatte bereits am Freitag erklärt, vor dem Hintergrund von 200 000 Flüchtlingen im vergangenen Jahr sei es „absolut lächerlich, angesichts von 200 Kirchenasylen politisch so massiv zu reagieren“. Quantitativ sei das Kirchenasyl „vollkommen irrelevant“.

Offnener Brief an de Maizière

In einem gemeinsamen Brief an de Maizière, der dem epd vorliegt, schreiben die Grünen-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt, und der Europaabgeordnete Sven Giegold, die Haltung des Ministers widerspreche ihrem Verständnis von Solidarität und Barmherzigkeit als Christenmenschen. Das Kirchenasyl sei keine „Form des Rechtsbruches, das staatliches Handeln konterkarieren würde“. Auch den Scharia-Vergleich wiesen die Grünen-Politiker zurück. Er hinke weil die Scharia „tatsächlich ein anderes Rechtssystem“ darstelle. Göring-Eckardt wollte am Dienstag eine Berliner Kirchengemeinde besuchen, die gegenwärtig Kirchenasyl gewährt.

Bohl erklärte am Dienstag in Dresden, das Kirchenasyl solle als „ultima ratio“ (letztes Mittel) einen vorübergehenden Schutz vor Abschiebung bieten. Wenn Kirchengemeinden aus christlicher Überzeugung Menschen einen vorübergehenden Zufluchtsort böten, um im Einzelfall humanitäre Härte zu verhindern, handelten sie grundsätzlich nicht gegen, sondern im Sinne der Rechtsordnung. Allerdings dürfe der Respekt, den der Staat kirchlichen Räumen entgegenbringe, nicht ausgenutzt werden, ergänzte der stellvertretende EKD-Ratsvorsitzende.

Quelle: http://www.migazin.de 11.02.2015 ■

Kirchenasyl: Im Notfall weiterhin legitimes Mittel

Evangelische Kirche von Westfalen kritisiert Neubewertung des Bundesamtes für Migration

WESTFALEN. Die neue Bewertung des Kirchenasyls durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erschwert die bisherige bewährte Praxis, wird aber Kirchengemeinden nicht davon abhalten, Flüchtlingen weiterhin im Notfall Zuflucht zu gewähren. Das erklären die Verantwortlichen der Evangelischen Kirche von Westfalen.

Im Januar hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eine neue Einschätzung des Kirchenasyls bekannt gegeben. Sie betrifft Flüchtlinge, die nach der sogenannten Dublin III-Verordnung in ein anderes europäisches Land abgeschoben werden sollen. In der Regel drohe in diesen Fällen keine Gefahr für Leib und Leben, stellt das BAMF fest. Menschen im Kirchenasyl gelten neuerdings als „flüchtig. Dadurch verlängert sich die Frist, nach der Deutschland für das Aufenthaltsverfahren zuständig wird, von einem halben Jahr auf eineinhalb Jahre.

„Diese Neubewertung des Bundesamts geht an der Wirklichkeit vorbei, sagt dazu Pfarrer Helge Hohmann, der Beauftragte für Zuwanderungsarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW): „Wir wissen aus vielen unabhängigen Berichten, dass Flüchtlinge keineswegs überall in Europa menschenwürdig behandelt werden. Leider werden auch innerhalb der Europäischen Union regelmäßig die Menschenrechte verletzt. Die Dublin III-Verordnung führe oft zu Abschiebung in menschenunwürdige Zustände, betont Flüchtlingsexperte Hohmann: „Es kommt zu Familientrennungen, Obdachlosigkeit und Kettenabschiebungen. Traumatisierte Menschen, Kranke oder Kinder brauchen besonderen Schutz das wird nicht berücksichtigt.

Die Verlängerung der Frist von einem halben Jahr auf eineinhalb Jahre bedeute für alle Beteiligten eine höhere Belastung, einen längeren Zustand der Ungewissheit. Doch die beharrliche Bereitschaft der Kirchengemeinden sei nicht zu unterschätzen, so Hohmann.

„Auch weiterhin werden Gemeinden nach sorgfältiger Abwägung Kirchenasyl gewähren, bekräftigt Vizepräsident Albert Henz, Dezernent für gesellschaftliche Verantwortung der EKvW: „Unser Glaube fordert von uns, einem bedrohten Menschen beizustehen, wenn sämtliche juristischen Wege beschritten wurden und ein Flüchtling dennoch in eine lebensbedrohliche Situation abgeschoben werden soll. Dann ist Kirchenasyl ein legitimes Mittel, das zwar keinen rechtsfreien Raum schafft, aber im Sinne der internationalen Menschenrechte und des Grundgesetzes eine letzte Möglichkeit eröffnet. Menschen, denen Kirchengemeinden in diesem Sinne Zuflucht gewähren, seien nicht „flüchtig, da die zuständige Behörde in jedem Fall informiert werde. „Im Übrigen liegt die Verantwortung für das Kirchenasyl bei Ländern und Kommunen, mit deren Ausländerbehörden wir eine gute Zusammenarbeit pflegen.

Im Bereich der westfälischen Landeskirche gibt es derzeit 19 Kirchenasyle.

Die beiden großen Kirchen sind mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Gespräch.

Quelle: Presseinfo www.evangelisch-in-westfalen.de 03.02.2015 ■

De Maizière „prinzipiell und fundamental" gegen Kirchenasyl

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) erntet scharfe Kritik für seine Äußerungen zum Kirchenasyl. „Die Worte des Ministers belasten in ungewöhnlicher und überflüssiger Weise das gute Verhältnis zwischen Kirche und Staat“, sagte der hannoversche Landesbischof Ralf Meister dem Evangelischen Pressedienst. De Maizière hatte den Kirchen vorgeworfen, sich über bestehende Gesetze hinwegzusetzen.

De Maizière wandte sich laut einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ „prinzipiell und fundamental“ gegen die aktuelle Praxis der Kirchen. Er habe als Christ zwar Verständnis, dass die Kirchen „in Einzelfällen“ unter dem Gesichtspunkt des Erbarmens Flüchtlinge aufnehmen. Doch es gehe nicht, dass sie sich eigenmächtig über bestehende Gesetze hinwegsetzen. Der Minister äußerte →

8. Mai 1945: Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus

Soli-Sampler zum Tag der Befreiung „Wer nicht feiert, hat verloren" neuaufgelegt

Bereits vor einigen Jahren haben wir den Musik Sampler „Wer nicht feiert, hat verloren" veröffentlicht. Mit neuem Cover haben wir die alte CD in einer begrenzten Neuauflage nachgepresst.

Die sehr zu empfehlende Scheibe bietet einen Rundumflug durch die politische Musik. Von Hip Hop, Punk, Ska bis hin Liedermacher-Musik ist für jeden Geschmack was dabei. Die CD könnt ihr für 5€ zzgl. Porto entweder direkt bei uns (http:ino.blogsport.de) bestellen oder Restbestände der älteren Auflage beim Roten Shop (http://www.roter-shop.de/…/cd-nur-verlierer-feiern-nicht-ip…) kaufen.

Die Erlöse aus dem Verkauf, wie unser aktueller Sampler (http://ino.blogsport.de/…/bestellt-den-soli-sampler-zum-ta…/), dem Protest gegen den Naziaufmarsch am 8. Mai 2015 in Demmin zu Gute. Hier die vollständige Tracklist:

01. We Went Rockin (Bad Shakyn)
02. Wir Leben (Alarmsignal)
03. Klassenkampf (Alarmsignal)
04. Mentalforces (Score To Zero)
05. No Border, No Order (Score To Zero)
06. Marionetten des Systems (Initiative Kantholz)
07. Roter Norden (Initiative Kantholz)
08. Lautsprecherwagen (Holger Burner)
09. Checmate Miracle (live at kalibou beach)
10. Achter Mai (Individual Performer)
11. Ihr wisst es (Singeclub Ernesto Che Guevara)

Der neu aufgelegte Musik-Sampler zum Tag der Befreiung – jetzt bestellen und damit Proteste gegen den Naziaufmarsch am 8. Mai 2015 Supporten.



18. HerausgeberInnentagung der Antifaschistischen Nachrichten

Unter reger Beteiligung des Publikums fand am 7.2. in Köln die jährliche Herausgebertagung der Antifaschistischen Nachrichten statt. Unter der Überschrift „Die extrem Rechte formiert sich neu : Neue Strukturen und Strategien zwischen AfD und HoGeSa/Pegida – Was dagegen tun und wie?" referierte Nils mMerten von der Rosa Luxemburg Stiftung zum Thema „Hintergründe und Perspektiven der ‚Hooligans gegen Salafisten'-Bewegung und der Pegida-Bewegung sowie Alexander Häusler, Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) der FH Düsseldorf zum Thema „Die AfD und der rechte Kulturkampf". Moderirt würde die veranstaltung in der Alten feuerwache in Köln von Jörg Stjen, Fraktionsvorsitzender der Partei Die LINKE im Kölner Stadtrat. Das Publikum beteiligte sich mit einigen Nachfragen aber auch eigenen Beiträgen, und so können wir von einer gelungenen und lebendigen veranstaltung reden. (Ein ausführlicher Bericht ist in Vorbereitung).

Red AN

sich dem „Spiegel" zufolge bei einem Treffen der CDU-Spitze mit führenden katholischen Bischöfen am Dienstag in Berlin. Dabei bezeichnete der Migrationsbeauftragte der Deutschen Bischofskonferenz, Norbert Trelle, das Kirchenasyl als „Ultima Ratio".

Kirchenasyl ein notwendiger Schutzraum

Meister betonte als Ratsvorsitzender der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, dass das Kirchenasyl ein offensichtlich notwendiger Schutzraum für Menschenrechte sei: „Es wird nur gewährt, wenn jemand trotz aller staatlichen Gesetze und Hilfen von Abschiebung, menschenunwürdigen Umständen oder Lebensgefahr bedroht ist." Es wende sich nicht gegen den Rechtsstaat, sondern erinnere diesen an das grundgesetzlich verankerte Recht auf Menschenwürde, Freiheit und körperliche Unversehrtheit. In den meisten Fällen könne den Menschen in einem Kirchenasyl durch eine erneute Überprüfung ihres Schutzbegehrens geholfen werden, sagte Meister. Das zeige ganz klar seine Notwendigkeit, auch wenn es gegen gesetzliche Bestimmungen verstößt.

Beim Kirchenasyl handelt es sich um eine zeitlich befristete Aufnahme von Flüchtlingen ohne legalen Aufenthaltsstatus. Es beruht zumeist auf einer stillen Übereinkunft zwischen Kirche und Staat. Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzung sind die umstrittenen Dublin-III-Bestimmungen der Europäischen Union. Im Kirchenasyl befinden sich zumeist Menschen, die über ein anderes EU-Land nach Deutschland eingereist sind. Sie dürfen nur im Herkunftsland, nicht aber in der Bundesrepublik Asyl beantragen – es sei denn, die Überstellungsfrist von sechs Monaten wird überschritten. Werden die Betroffenen als „flüchtig" eingestuft, wie es das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seit kurzem tut, verlängert sich die Frist auf 18 Monate, die ein Flüchtling dann in einem Kirchenasyl ausharren muss.

…

(epd/mig)

Quelle: http://www.migazin.de 3.2.2015 ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

„Umvolkung" und Terror

Ein wichtiger Teil der rechtsaußen angesiedelten Publizistik hat ein strategisches Problem: die alten Feindbilder wie Antisemitismus und Hass gegen Slaw(inn)en, insbesondere gegen Russland sind nicht mehr zeitgemäß weil sie kaum noch jemanden überzeugen. Die intelligenteren unter den rechten Vordenkern reagieren auf diese Entwicklung. Die einen (wie beispielsweise der Niederländer Geert Wilders, die Front-National-Chefin Marine LePen oder die zur Sekte geschrumpften Pro Gruppierungen) reisen nach Israel, schwören dem rassistischen Antisemitismus vorgeblich ab und ersetzen ihn durch einen als „Islamkritik" getarnten Rassismus. Manche Protagonist(inn)en sehen Russland als neuen Verbündeten gegen die als Hauptfeind geltenden USA – Schnittmengen mit den Erstgenannten sind, siehe den französischen Front National durchaus vorhanden. Was die allermeisten Rechten allerdings nach wie vor eint, ist die Betonung des eigenen Volkes, die mehr oder weniger traditionelle völkische Orientierung.

Ihr Problem dabei ist, dass die Kategorie „Volk" eine Konstruktion ist, die der Realität nicht standhält. Zum einen ist durchaus umstritten, was Völker überhaupt sind und ob sie mit den Bewohner(innen) der modernen Nationalstaaten identisch sind. Die Antwort beispielsweise französischer oder spanischer Rechter auf diese Frage wird anders lauten als die ihrer flämischen oder katalanischen Gesinnungsgenoss(inn)en. Zum anderen sind Völker keine auch nur annähernd festen Gemeinschaften, sie ändern ihre Zusammensetzung in Folge von Wanderungsbewegungen, die es in der gesamten Geschichte der Menschheit gegeben hat, permanent. Dieser Prozess ist nicht zu leugnen, er kann allerdings durchaus unterschiedlich interpretiert werden.

Eine Erklärung der nicht abzustreitenden Tatsache, dass Völker sich permanent verändernde Gemeinschaften sind, besteht darin, diese Veränderungen als geplant darzustellen, als „Umvolkung". „Operation Umvolkung" heißt deshalb auch das Titelthema der Februarausgabe von ZUERST!. Illustriert wird die These durch eine Montage zweier Bilder, die nichts miteinander zu tun haben, aber so übereinander gesetzt wurden, dass der Betrachter sie automatisch miteinander in eine kausale Beziehung bringt: Während am oberen Bildrand deutsche Politiker(innen) wie die Bundeskanzlerin und der Bundespräsident untergehakt mit Vertreter(inne)n muslimischer Gruppen zu sehen sind, demonstrieren in der unteren Hälfte aufgebrachte, meist junge, Muslime. Das erste Bild stammt vermutlich von einer Veranstaltung gegen Rassismus im Gewand der Kritik am Islam, auf den Entstehungsort und -anlass des zweiten gibt es keinerlei Hinweis. Angeordnet sind sie jedoch so, dass die Politiker(innen) wie auf einer Tribüne über den wütenden Demonstranten zu stehen scheinen. Garniert wird die suggestive Montage mit einem aus seinem historischen Zusammenhang gerissenen Zitat Bertolt Brechts.

Textlich beschäftigen sich mit der „Operation Umvolkung" BERNHARD RADTKE, FALK TIEDEMANN und STEVE LEROD. Sie konstatieren eine Einwanderungslobby, eine Gruppe also, die sich für eine Einwanderung nach Deutschland ausspricht und davon profitiert: „Die Motive der Einwanderungslobby sind mannigfaltig. Die Wirtschaft will sich eine Arbeitskräftereserve aufbauen, Parteien buhlen um neue Wählerstimmen, Kirchen und diverse Wohlfahrts- und Hilfsorganisationen nutzen die Zuwanderer zur eigenen Existenzlegitimierung. Neben den gruppenegoistischen Motiven existiert seit langem auch jenes ideologisch begründete, destruktive Ziel einer `Abschaffung´ Deutschlands durch Überfremdung. Diese These wird zwar gern als `Verschwörungstheorie´ belächelt und zurückgewiesen, jedoch gibt es genug Zitate von teils führenden Politikern, die sich ganz offen dazu bekennen…". Und auch wenige Seiten weiter ist die Rede „von politischen und ‚zivilgesellschaftlichen' Akteuren, deren eigentliches Ziel die Abschaffung Deutschlands durch Überfremdung ist…".

Die angebliche Überfremdung wird geschildert mit einem Vokabular des Eroberungskrieges: „die Landnahme durch Millionen Menschen aus fernen Ländern" lässt an den Hunnensturm denken und nicht an die Zuwanderungswellen der Gegenwart. Natürlich ist dann auch noch die Rede vom „Bevölkerungsaustausch" (welche „ethnischen Deutschen" verlassen das Land eigentlich, wie der Begriff „Austausch" suggeriert?) und gewaltsame Übergriffe auf die Wohnheime von Asylbewerber(inne)n werden verharmlost: „Man mag darüber streiten, ob Asylantenunterkünfte der geeignete Ort für den Protest sind, denn dort logieren nur die Symptome, nicht die Verursacher der destruktiven Politik". Entlarvend ist dabei schon die gewählte Sprache des Unmenschen: In den „Asylantenunterkünften" wohnen nicht (arme) Menschen, da „logieren Symptome".

Gegen die Einwanderung helfen soll nach Auffassung der Autoren die Abschaffung des Asylrechts, auch wenn sie dieses Ziel sprachlich ein wenig kaschieren: „Klarheit würde dagegen geschaffen, wenn die Asylproblematik strikt vom Thema `Einwanderung´ getrennt würde und die deutsche Politik sich ernsthaft bemühen würde, beim Thema `Flüchtlinge´ zu einer Balance zwischen humanitärem Handeln und Beachtung der Belastbarkeitsgrenzen zu kommen. Die Politik sollte sich endlich eingestehen, dass das individuell einklagbare Asylrecht ein auf ganzer Linie gescheitertes Instrumentarium ist, das besser heute als morgen abgeschafft gehört".

Für den offenbar langfristig erkrankten Harald Neubauer, dessen Beiträge „Leider auf unbestimmte Zeit" entfallen, springt seit zwei Monaten der Publizist MANFRED KLEINE-HARTLAGE ein, dessen Spezialgebiet der antimuslimische Rassismus sowie eine besonders üble Form der Demagogie ist: „Islamische Gesellschaften und Parallelgesellschaften bringen zwangsläufig auch Menschen hervor, die sich zur gewaltsamen Durchsetzung der Scharia berufen fühlen, und gemäß dieser Scharia ist die Schmähung des Islams oder seines Propheten ein Verbrechen, das mit dem Tod zu sühnen ist…Verantwortlich für diesen Terror sind mithin diejenigen, die muslimischer Masseneinwanderung die Tore geöffnet haben…. Das Blut der Opfer von Paris (und vieler anderer) klebt in jedem Fall an den Händen der für die Masseneinwanderung verantwortlichen Politiker". Die „Umvolkung" ist also auch für die Morde von Paris verantwortlich. tri ■